

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal

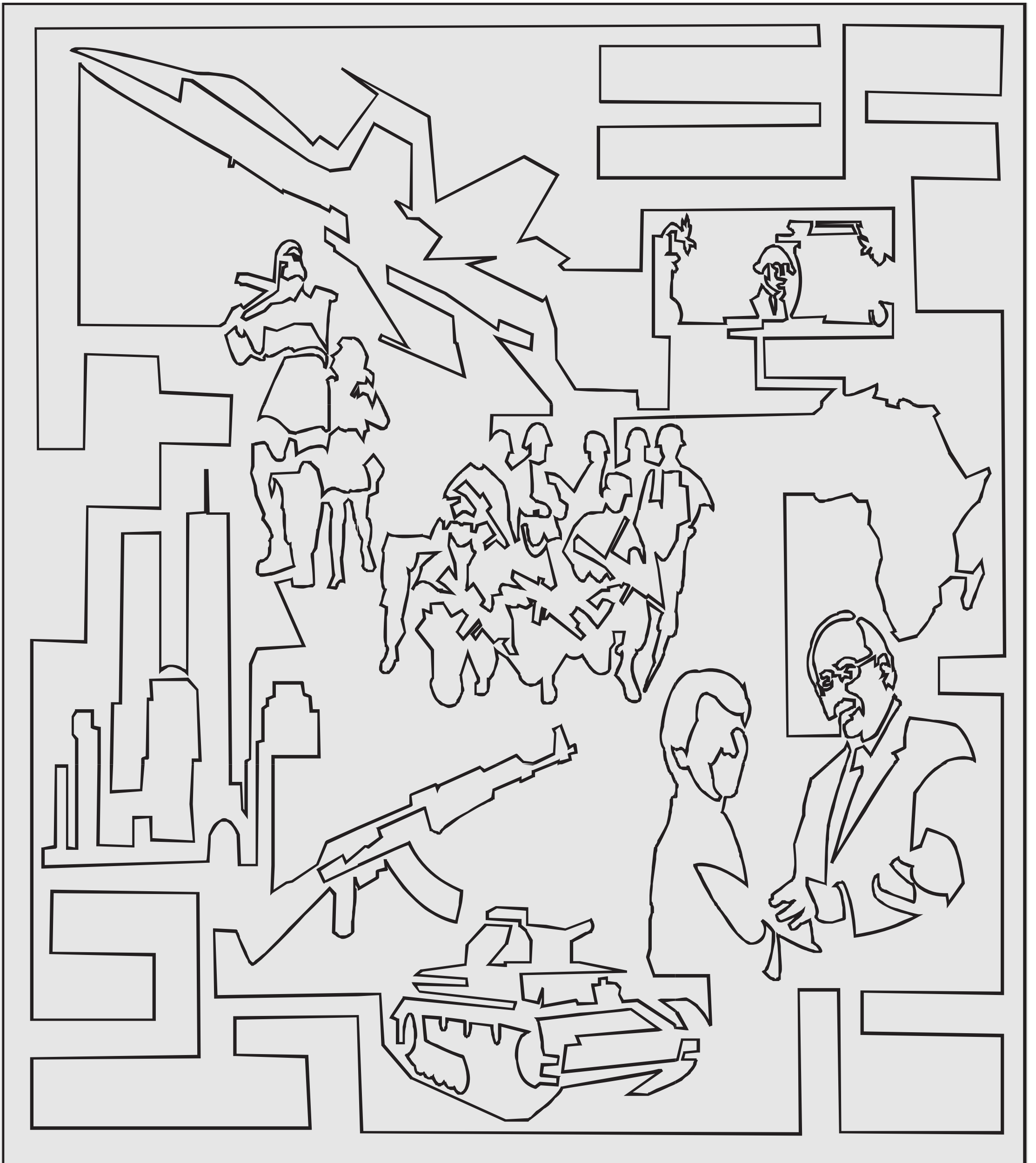
Postcode 1

Mutationen melden an:
GSoA, PF 240, 4005 Basel

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2007 Nr. 130

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

wir befinden uns im Schlusspurt der Unterschriftensammlung für die **Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten**. Noch fehlen uns rund 20'000 Unterschriften. Falls Du noch Unterschriftenbogen horten solltest, so ist jetzt der Moment gekommen, diese an uns einzuschicken. Wir würden uns auch sehr über Deine Unterstützung beim Sammeln der letzten Unterschriften freuen. Die Kontaktinformationen zu unseren Sammelgruppen findest Du auf der Schlussseite dieser Zeitung oder auf www.kriegsmaterial.ch.

Auch nach dieser Initiative wollen wir nicht einfach die Hände in den Schoss legen. Mit der **Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt»** steht bereits das nächste Projekt vor der Tür. Ab August sammeln wir Unterschriften zur Verbannung der Sturmgewehre in die Zeughäuser. Erste Informationen zur Initiative finden sich auf Seite 9.

Die Seiten 5 bis 8 dieser Zeitung sind innenpolitischen Themen gewidmet. Neben dem Thema **Militärjustiz** beschäftigen wir uns insbesondere mit verschiedenen **Einsätzen der Armee im Innern**. Über den Artikel von **Peter Stamm** zum Eindringen der Schweizer Armee in Liechtenstein freuen wir uns besonders.

Die **internationalen Themen** finden sich auf den Seiten 10-14. Während die westlichen Grossmächte ihren «Krieg gegen den Terror» in die Welt hinaustragen, sind sie nicht bereit, die Opfer von Armut und Krieg aufzunehmen. Die Abwehr von Flüchtlingen wird immer stärker militarisiert. Ein Artikel zu **Frontex**, der EU-Agentur zur Flüchtlingsabwehr, zeigt dies eindrücklich.

Nicht fehlen darf auch in dieser Ausgabe ein historischer Artikel zum **25-Jahr-Jubiläum der GSoA**. Auf Seite 15 drucken wir einen Artikel des heutigen Nationalrats Jo Lang aus dem Jahre 1990 ab. Mehr Informationen zur Jubiläums-Feier am 6. Oktober finden sich auf der Schlussseite dieser Zeitung.

Wir wünschen eine informative, anregende und unterhaltsame Lektüre

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

RÜCK- UND AUSBLICK

Vollversammlung und Jahresrechnung 2006

(mue) Für die diesjährige Vollversammlung (VV) kehrten wir zurück an den Ort, wo alles begann. Vor 25 Jahren fand die Gründungsversammlung der GSoA im Restaurant Kreuz in Solothurn statt. Die diesjährige VV widmete sich aber nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und der Zukunft.

Zentrales Thema der VV war die laufende Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten, die im September eingereicht werden soll. Darüber hinaus befassten wir uns auch schon mit der Zukunft: Die aktuellen Armeereformen (Entwicklungsschritt 08/11 und Armeereform 09), welche zu mehr Einsätzen im Innern und im Ausland führen würden, wird die GSoA bekämpfen. Ein Thema an der VV waren auch die Gelüste der Armeeführung, sich neue Kampfflugzeuge zu beschaffen. Für die anwesenden AktivistInnen der GSoA war klar, dass die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verhindert werden muss, notfalls mit einer neuen Initiative.

Sturmgewehre ins Zeughaus

Die Vollversammlung beschloss zudem einstimmig die Mitlancierung der Initiative zum Schutz vor Waffengewalt, welche im August gestartet werden soll. Die GSoA wird 20'000 Unterschriften beitragen. An der VV informierte Stella Jegher von Amnesty International über die weltweite Problematik der Kleinwaffen. Die Vollversammlung genehmigte ferner die GSoA-Jahresrechnung 2006, welche mit einem Verlust von rund 26'800 Franken abschloss

und von unseren Revisoren Andreas Kyriacou und Bruno Tanner geprüft wurde. Der Verlust ist hauptsächlich auf die Ausgaben rund um die laufende Initiative zurückzuführen. Obwohl der grösste Teil unserer Aktivitäten durch das unentgeltliche Engagement unzähliger AktivistInnen möglich gemacht wird, kostet unsere Arbeit auch Geld. Wir danken deshalb allen, die uns im vergangenen Jahr unterstützt haben, ganz herzlich. Denn ohne sie wäre unser Engagement für mehr Frieden nicht möglich. Für diejenigen, die unsere laufenden und neuen Projekte finanziell unterstützen und ihren Beitrag zur Gesundung unserer Finanzen leisten möchten, liegt dieser Zeitung ein Einzahlungsschein bei. Herzlichen Dank!

GSoA-VV an historischer Stätte



BEWILLIGUNGSPFLICHT FÜR SAMMELAKTIONEN

Rekurs teilweise gutgeheissen, GSoA zieht weiter

Die schikanöse Bewilligungspflicht für Unterschriftensammlungen ist ins Wanken geraten. Der Rekurs der GSoA wurde vom St.Galler Stadtrat teilweise gutgeheissen. Von Felix Birchler

Der Rekurs der GSoA wandte sich gegen die Praxis der St.Galler Gewerbebehörde, das Unterschriftensammeln in der Innenstadt auf maximal 6 Tage pro Monat zu beschränken. Weiterfocht die GSoA die Kosten von 50 Franken für das Ausstellen einer Bewilligung an. Zudem bezweifelt die GSoA grundsätzlich, dass eine Bewilligungspflicht überhaupt zulässig ist (siehe auch GSoA-Zitig 129).

Bewilligung für bestimmte Plätze

In seinem Beschluss vom 13. Februar hat der Stadtrat den Rekurs der GSoA teilweise gutgeheissen. Künftig soll auf die Erhebung einer Gebühr für die Bewilligungserteilung verzichtet werden. Der Stadtrat anerkennt, dass Unterschriftensammlungen nun mal auf öffentlichem Grund durchgeführt werden müssen und es daher demokratiepolitisch äusserst bedenklich wäre, wenn für die Ausübung dieses Rechtes bezahlt werden müsste.

Was die Bewilligungspflicht und die tageweise Einschränkung angeht, so bröckelt die Abwehrfront. Laut Stadtrat ist das Unterschriftensammeln in St.Gallen künftig prinzipiell ohne Bewilligung möglich, nur an fünf zentralen Plätzen in der Innenstadt gilt weiterhin das alte Be-

willigungsregime. Allerdings handelt es sich dabei – wie nicht anders zu erwarten – um die besten Sammelplätze. Aus grundsätzlichen Überlegungen entschied sich die GSoA, den Rekurs weiterzuziehen. Als nächste Instanz muss sich nun das Justiz- und Polizeidepartement des Kantons St.Gallen äussern.

Absurde Rechtfertigungen

Mittlerweile hat sich der Stadtrat zum Weiterzug des GSoA-Rekurses geäussert. Sein Rechtskonsulent verstieg sich zur Aussage, die St.Galler Bewilligungspflicht sei eine «ausgesprochen freiheitliche Regelung». Die fünf zentralen Sammelplätze würden so stark nachgefragt, dass erst die Gewerbebehörde als ordnende Hand es allen Organisationen erlauben würde, ihre politischen Anliegen vorzutragen. Nur: In Städten, welche keine Bewilligungspflicht kennen, kommen die verschiedenen Organisationen, welche den öffentlichen Raum – oft auch gleichzeitig – benutzen, auch ohne die ordnende Staatsgewalt aneinander vorbei.

Absurd wird die Argumentation, wenn gesagt wird, die Beschränkung auf 6 Tage pro Monat gelte nicht absolut. Auch kurzfristig könne man noch eine Sammelerlaubnis bekommen, falls ein Platz noch nicht belegt sei. Wie soll das funktionieren? Richtet die St.Galler Gewerbebehörde nun einen SMS-Dienst für ihre Bewilligungen ein? Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat davon abgehalten wird, uns mit weiteren «freiheitlichen Regelungen» das SammlerInnenleben schwer zu machen.

Veranstaltungen und Aktion an der Polymesse

(ac) In den letzten Monaten war die GSoA überaus aktiv: Unter anderem beteiligten wir uns mit einem Podium zur Rüstungskonversion am Politprogramm zur 1. Mai Feier in Zürich (siehe S. 4). Am Gib-8 Festival in Bern gegen die G8 waren wir ebenso präsent wie am Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (siehe S. 12).

Schon beinahe traditionell ist der Auftritt der GSoA an der Polymesse, der Jobmesse der ETH Zürich. AktivistInnen «halfen» den Rüstungsfirmen beim Anwerben von Talenten, wobei unsere Broschüren definitiv ehrlicher waren als die Originale der Kriegsgewinnler. Auf den täuschend echt aussehenden Faltprospekten zur Ruag war zu lesen: «Wir legen Wert auf die Praxistauglichkeit unserer Produkte. Deshalb stehen wir in engem Kontakt zu unseren Partnern in verschiedenen Konfliktgebieten».

Während einige Mitarbeitende des zivilen Teils der Ruag unsere Aktion begrüsst, da sie mit dem militärischen Teil der Firma in einem ständigen Verteilungskampf um Investitionen stehen, reagierten die VertreterInnen der Oerlikon Contraves reichlich ungehalten.

INITIATIVE FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL-EXPORTEN

Endspurt einer erfolgreichen Sammelphase

Ein Jahr ist vergangen seit dem Sammelstart am 27. Juni 2006. Nun biegen wir bereits auf die Zielgerade ein und wollen im Sommer die letzten fehlenden Unterschriften sammeln. Von Christian Mueller.

Bald haben wir genügend Unterschriften zusammen, um unsere Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten bei der Bundeskanzlei in Bern einzureichen. Kürzlich konnte das GSoA-Sekretariat in Zürich die 100'000ste Unterschrift freudig in Empfang nehmen. Das bedeutet, dass seit der Lancierung im Schnitt ca. 275 Unterschriften pro Tag gesammelt wurden. Doch die Gemeindekanzleien sind gnadenlos: Sie streichen unerbitlich die Unterschriften von doppelt Unterschreibenden, Minderjährigen, AusländerInnen und unleserlich Schreibenden von unseren Sammelbögen. Wir sind also noch nicht ganz am Sammelziel angelangt. Noch brauchen wir 25'000 Unterschriften, um auch vor der Bundeskanzlei sicher zu bestehen und 100'000 gültige Unterschriften einreichen zu können.

Nationaler Sammeltag am 7. Juli

Einen Teil der fehlenden Unterschriften wollen wir am dritten und letzten nationalen Sammeltag am Samstag den 7. Juli holen. Läuft es auch an diesem Samstag so toll wie am letzten nationalen Sammeltag im März, so sind wir am Abend dem Ziel über 7'000 Unterschriften näher. Am 17. März waren wir in über 40 Ortschaften in der ganzen Schweiz aktiv. Diese Zahl

möchten wir noch einmal überbieten. Falls du also Zeit hast mitzusammeln, oder sogar selber oder zusammen mit deiner Organisation einen Sammelstand auf die Beine stellen möchtest, dann melde dich bei uns. Die Kontaktadressen der einzelnen Regionalgruppen findest du auf der Schlussseite dieser Zeitung. Ausserdem findest du laufend aktualisierte Daten und Orte auf der Homepage www.kriegsmaterial.ch. Jedes Engagement ist nötig und sehr willkommen!

Unterschriftenbogen einsenden!

Wir befinden uns erfreulicherweise schon im Endspurt. Nun gilt es, all die Unterschriftenbogen einzusenden, die noch irgendwo gehortet werden. Vielleicht versteckt sich die eine oder andere Unterschrift zwischen zwei längst bezahlten Rechnungen oder wurde als Lesezeichen in der nie zu Ende gelesenen Ferienlektüre vergessen. Es wäre zu schade, wenn bereits gesammelte Unterschriften nicht eingereicht werden könnten. Deshalb: sucht und sendet bitte alle Bogen so schnell wie möglich an das Büro in Zürich (Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, Postfach, 8031 Zürich), egal ob mit einer oder acht Unterschriften drauf.

Dankeschön

Ein mehr als grosses Dankeschön gebührt jetzt schon allen unermüdlichen freiwilligen Sammlerinnen und Sammlern, Aktivistinnen und Aktivisten, Spenderinnen und Spendern, die während der letzten 12 Monate zum Sammelerfolg beigetragen haben! Mit eurem Engage-

ment habt ihr mitgeholfen, dass diese Initiative zustande kommt. Wir sind dadurch der Vision einer kriegsmaterialexportfreien Schweiz einen bedeutenden Schritt näher gekommen. Wir hoffen auch bei den weiteren Schritten auf eure Unterstützung zählen zu können.

Von der gesammelten zur gültigen Unterschrift

(fb) Eine gesammelte Unterschrift ist noch lange keine gültige Unterschrift. Erst wenn eine Gemeindeverwaltung beglaubigt hat, dass die unterzeichnende Person in der entsprechenden Gemeinde stimmberechtigt ist, zählt eine Unterschrift. Was ziemlich einfach tönt, ist in der Praxis mit einem gewaltigen Aufwand verbunden.

Zunächst einmal müssen alle Unterschriftenbogen sortiert und an die richtige Gemeinde geschickt werden. Der Teufel liegt im Detail: Immer wieder kommt es vor, dass Unterschreibende nicht wissen, zu welcher Gemeinde ihr Dorf gehört. Es gibt Dörfer, die auf mehrere politische Gemeinden aufgeteilt sind. Eine Gemeinde kann nur die Unterschriften ihrer eigenen EinwohnerInnen beglaubigen, nicht aber diejenigen aus dem anderen Dorfteil. Freundliche Beamte schicken uns manchmal Unterschriften zurück mit dem Hinweis, dass diese oder jene Strasse nicht mehr zu ihrem Gemeindegebiet gehört. Unfreundliche Beamte streichen solche Unterschriften einfach durch.

Nicht allen Gemeinden gelingt es auf Anhieb die Unterschriften so zu beglaubigen, wie es das Gesetz verlangt. Diese Gemeinden werden von uns dann freundlich darauf hingewiesen, welche Stempel und Unterschriften für eine korrekte Beglaubigung nötig sind.

BERN • BUNDESPLATZ

STOP F/A-18 FESTIVAL 15. Mai 93

6. Juni 1993: Ja zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge!» Am GSoA-Musik-Festival treten von 15 Uhr bis nachts um 24 Uhr viele Schweizer Rock-Acts auf. Der Erlös aus dem Verkauf von CDs, T-Shirts und Pins finanziert die Abstimmungskampagne der GSoA. Alle Artikel sowie Gratis-Kleber sind erhältlich bei: GSoA, Postfach 103, 8031 Zürich oder Tel. 155-25 45 (Gratis-Nummer)

Aus der GSoA-Kampagne gegen die F/A-18-Beschaffung

NEUE KAMPFFLUGZEUGE

«Ohne Kampfjets gibt es Zusammenstösse»

Mittlerweile ist der Fahrplan für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge klar. Und auch die Argumente der Armee liegen auf dem Tisch. Die GSoA wiederum hat an der letzten Vollversammlung beschlossen, den Kauf falls nötig mit einer Initiative zu verhindern. Von Tom Cassee

Anfang Mai machte Armeechef Christoph Keckeis in einem Interview im SonntagsBlick klar, dass die Armee unbedingt neue Kampfflugzeuge kaufen will. Er sagte, die Chance, dass die Schweiz neue Kampfjets kaufe, sei sehr gross. Nötig würden die neuen Flieger, weil es ohne neue Kampfflugzeuge zu «Kollisionen am Himmel» kommen werde. Im Vordergrund seiner Pro-Argumentation stehen die so genannten Luftpolizeidienste der Luftwaffe. Keckeis dazu: «Heute sind wir die Luftpolizei, sorgen dafür, dass sich jedes Flugzeug korrekt verhält und die Überflugsgebühren zahlt.»

Diese Argumentation ist absurd. Es ist nicht zu hoffen, dass die Schweiz in Zukunft Überflugsgebühren mit Kampfjets eintreibt. Oder will die Armee wirklich Flugzeuge von säumigen Gesellschaften abschliessen?

Korruption

Im Herbst dieses Jahres wird das Parlament über einen Projektierungskredit für neue Kampf-

flugzeuge befinden. Dieser Kredit soll dazu dienen, verschiedene Flugzeugtypen und die zu beschaffende Anzahl der neuen Flieger zu «evaluieren». Dabei geht es noch nicht um die Beschaffungs-Milliarden, aber falls das Parlament zustimmt, ist die Grundsatzentscheidung für neue Kampfflugzeuge gefällt. Im Herbst/Winter 2010 soll dann im Parlament über einen konkreten Kauf entschieden werden.

In der Evaluationsphase werden die Rüstungslobbyisten der verschiedenen Anbieter wie EADS (Eurofighter), Saab (Gripen) und Boeing (F/A-18 Super Hornet) sich mit Zahlungen an Militärpublikationen und Armeevereine überbieten. Schon jetzt schalten sie ganzseitige Inserate in einschlägigen Publikationen und versuchen über ParlamentarierInnen, den Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Ob die Rüstungslobbyisten dabei auch die Grenze zur Korruption überschreiten, kann natürlich noch nicht gesagt werden. Im Ausland jedenfalls wurde bei Kampfflugzeugkäufen fleissig bestochen. In Österreich gibt es einen Untersuchungsausschuss, der den Kauf von Eurofightern unter die Lupe nimmt (sowohl Saab wie auch EADS sollen illegale Zahlungen getätigt haben), und auch in Tschechien soll Saab mit Schmiergeld nachgeholfen haben (Tschechien entschied sich für 14 Gripen-Abfangjäger). Auch die dritte Firma, welche für den Schweizer Auftrag in Frage kommt, hat keine weisse Weste. Boeing wurde

in den USA kürzlich zu einer Busse von über 600 Million US-Dollar verurteilt. Die Firma hatte sich jahrelang mit Schmiergeldern Aufträge der US-Armee erschlichen.

Beschaffung stoppen

An der letzten Vollversammlung hat die GSoA einstimmig beschlossen, den geplanten Kauf vehement zu bekämpfen. Da es keine Referendumsmöglichkeit gibt, müssten wir mit einer Volksinitiative analog der Stopp F/A-18 Initiative den Kauf verhindern. Immer vorausgesetzt natürlich, dass eine Mehrheit der National- und StänderätInnen wirklich neue Kampfjets will. Da es eine Weile dauert 100'000 Unterschriften für eine Volksinitiative zu sammeln, und diese Unterschriften auch noch beglaubigt werden müssen, müsste die Initiative bereits im Verlauf des Jahres 2008 lanciert werden, damit sie vor dem Entscheid des Parlamentes im Herbst 2010 eingereicht werden kann. Die GSoA ist zuversichtlich, dass eine Mehrheit der SchweizerInnen keine neuen Kampfflugzeuge für über 4 Milliarden Franken will. Denn zusätzlich zu diesen gewaltigen Anschaffungskosten würden Unterhalt und Betrieb weitere 100 Millionen Franken jährlich kosten. Und falls die Armee die Flieger wie die F/A-18 zusätzlich aufrüsten würde, käme nochmals eine Milliarde dazu. Viel Geld für das Eintreiben von Überflugsgebühren.

Maschinengewehre für Saudi-Arabien

(tc) Am 30. Mai hat der Bundesrat den Export von 100 Sturmgewehren nach Saudi-Arabien bewilligt. Saudi-Arabien verletzt regelmässig Menschenrechte, foltert in den Gefängnissen, hat nicht einmal die Todesstrafe für Minderjährige abgeschafft und tritt Frauenrechte mit Füssen. Den Bundesrat scheint dies nicht zu kümmern, lapidar wird davon gesprochen, dass sich die Menschenrechtslage seit den letzten (ebenfalls schon skandalösen) Kriegsmaterial-Exporten nicht geändert habe.



KRIEGSMATERIAL-EXPORTE UND ARBEITSPLÄTZE

Gewerkschaften für Rüstungskonversion

Spannende Projekte für die Konversion, die Rückführung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter, gab es in der Vergangenheit immer wieder. Ihre Umsetzung muss nun vorangetrieben werden.

Von Hans Baumann,
Ökonom der Gewerkschaft Unia

Die von der GSoA lancierte Initiative für ein Verbot von Waffenexporten wird zweifellos zustande kommen. Die Gewerkschaft Unia hat dazu noch nicht Stellung genommen. Der Rüstungsindustrie ist es in der Vergangenheit immer wieder gelungen, die Hindernisse für Waffenexporte in Krisengebiete zu umgehen, so dass Schweizer Sturmgewehre oder Schützenpanzer in zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen eingesetzt wurden. Es spricht für die Initiative, dass sie dies verunmöglichen oder stark erschweren würde. Als GewerkschafterInnen müssen wir aber auch bedenken, dass einige Tausend Arbeitsplätze in der Schweiz direkt oder indirekt vom Rüstungsexport abhängen. Sollten wir uns als Unia für die Initiative aussprechen, müssen wir Vorschläge machen, wie diese Arbeitsplätze erhalten oder umgenutzt werden können.

Vor 15 Jahren: Schweizer Gewerkschaften entwickeln Konversionsplan

Unter dem Einfluss einer neuen Rüstungsspirale durch geplante Raketenabwehrsysteme erstarkte in den achtziger Jahren vor allem in Deutschland die Friedensbewegung. In der DDR machte das Schlagwort «Schwerter zu Pflugscharen» in kirchlichen und regimekritischen Kreisen die Runde und in Westdeutschland forderte insbesondere die IG Metall «Mitbestimmung bei den Produkten».

Es folgte der Mauerfall von 1989 und damit das Ende des «Kalten Krieges».

Für die Schweizer Armeespitze bedeutete dies eine Sinnkrise, für die Rüstungsindustrie eine Wirtschaftskrise. Mit dem Programm «Armee 95» sollte das Schweizer Heer zum ersten Mal redimensioniert werden.

Dies rief 1991 die Gewerkschaften SMUV und VPOD auf den Plan. Sie prognostizierten, dass die Beschäftigung im Rüstungsbereich bis zum Ende des Jahrtausends von 40'000 auf 24'000 zurückgehen würde und entwickelten zusammen mit den Wissenschaftlern Peter Hug und Ruedi Meier ein Rüstungskonversionsprogramm mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Ruag zivilisieren!

Die Ruag erwirtschaftet heute rund 45 Prozent ihres Umsatzes im zivilen Bereich. Die Voraussetzungen für eine vollständige Konversion der Ruag wären so gut wie nie zuvor. Doch der Bund will mit der Ruag in eine andere Richtung. Abhilfe könnte nun eine Motion im Nationalrat schaffen. Von Reto Moosmann

Die Ruag, die sich zu 100 Prozent in staatlichem Besitz befindet, hat in den letzten Jahren den zivilen Geschäftsbereich kontinuierlich ausgebaut. 2005 erwirtschaftete die Ruag 38 Prozent des Umsatzes im zivilen Bereich, 2006 waren es bereits 45 Prozent. Die starken Wachstumszahlen der zivilen Produktion zeigen, dass die Zukunft der Ruag im zivilen Bereich liegt. Die ökonomischen Voraussetzungen für die vollständige «Zivilisierung» der Ruag, sprich die Aufgabe des militärischen Bereichs und die Konzentration auf den zivilen Teil, stünden also sehr gut.

Eignerstrategie des Bundesrats

Ende März hat der Bundesrat die neue Eignerstrategie der Ruag verabschiedet. Er verpasste es dabei, der Ruag Vorgaben für die weitere Fokussierung auf den zivilen Bereich zu machen. Stattdessen hängt der Bundesrat längst vergangenen Zeiten nach. Er verweist auf die Bedeutung der Ruag für die Sicherheit der Schweiz: «Die Ruag bildet einen integrierenden Bestandteil für die Umsetzung des verteidigungspolitischen Auftrages.» Die Ruag soll die Schweizer Armee im Falle eines Krieges mit Material versorgen können. Doch schon die heutige Realität ist eine andere: Einen Grossteil ihrer Rüstungsgüter beschafft sich die Schweizer Armee im Ausland, weil viele von

der Schweizer Armee (angeblich) benötigte Rüstungsgüter nur noch auf dem internationalen Markt erhältlich sind.

Die Ruag auf Abwegen

Der Bundesrat treibt die staatliche Waffenschmiede mit der neuen Eignerstrategie auf den Auslandsmarkt. Die Ruag wird in den nächsten Jahren gezwungen, vermehrt Kriegsmaterial zu exportieren, denn sie müsse ihre «Konkurrenzfähigkeit gewährleisten» und sich als «international aktives» Unternehmen positionieren. Dazu passt auch die im April 2006 vom VBS verfasste Potenzialanalyse «Schweizerische Rüstungsindustrie und Forschung»: Die Schweizer Rüstungsindustrie habe sich, so die Schlussfolgerung der Studie, vermehrt auf den internationalen Rüstungsmarkt auszurichten. «Unterstützung» werden die Rüstungsunternehmen, wenn es nach dem Willen des Bundesrats geht, künftig von staatlicher Seite erhalten. Durch einen neuen Kompetenzartikel im Militärgesetz soll der Bundesrat internationale Abkommen abschliessen können, um die Kooperation im Rüstungsbereich mit «Partnerländern» zu intensivieren. Die Folge davon scheint klar: Verstärkte Rüstungskonversion bedeutet mehr Kriegsmaterial-Exporte, sowohl bei privaten Unternehmungen, als auch bei der staatlichen Ruag.

Motion von Josef Lang

Ziel einer friedensverträglichen Politik müsste es aber sein, die Kriegsmaterial-Exporttätigkeit zu unterbinden. Als Eigner der Ruag könnte der Bund die Konversion des staatlichen Rüstungsunternehmens fördern. Diese alte Forderung hat GSoA-Vorstand und Nationalrat Josef Lang in einer Motion neu aufgenommen, die in einer der nächsten Sessions behandelt werden wird.

und friedliche Produkte herzustellen. Dies sollte in den «angrenzenden» Gebieten der Rüstungsproduktion geschehen, der Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs und dem Abbau von Umweltbelastungen dienen, sowie auf regionale Bedürfnisse Rücksicht nehmen.

Es war vorgesehen, «Konversionsworkshops» unter Mitwirkung des Personals zu schaffen, sowie Ausbildungs- und Umschulungsprogramme zu lancieren. Zudem erfolgte ein politischer Vorstoss: Mit einem dringlichen Bundesbeschluss hätten 216 Millionen Franken für die Unterstützung des Konversionsplans eingesetzt werden sollen. Der Vorstoss wurde 1992 im Nationalrat abgelehnt. Immerhin wurde durchgesetzt, dass der neue, aus den ehemaligen eidgenössischen Waffenfabriken gegründete Rüstungskonzern Ruag nicht privatisiert wurde sondern mehrheitlich in Staatsbesitz blieb. Und heute produzieren Nachfolgefirmer der Waffenfabriken tatsächlich viele nützliche Güter. Statt Schiesspulver herzustellen werden z.B. Batterien und Kühlschränke rezykliert oder Dokumente in Archiven konserviert.

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten der Ruag stellt heute «friedliche» Güter wie Airbus-Be-

standteile, Teile von CD-Pressen und Autozubehör her. Das Geschäft läuft so gut, dass die Betriebe in der Schweiz sogar die Arbeitszeit erhöhen mussten.

Erfahrungen der Gewerkschaften nutzen

Die Initiative für das Verbot der Waffenausfuhr würde nicht das Ende der Rüstungsproduktion in der Schweiz bedeuten, denn nach wie vor ist der Bund der grösste Abnehmer der einheimischen Waffenproduzenten. Trotzdem müssen wir uns überlegen, wie ein Teil der betroffenen Arbeitsplätze für die Herstellung nachhaltiger, friedlicher Güter umgenutzt werden kann. Dabei kann auf den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte aufgebaut werden. Viel Wissen und die meisten Ideen haben ArbeiterInnen und IngenieurInnen in den Betrieben selbst. Gewerkschaften und PolitikerInnen müssen dabei helfen, diese umzusetzen.

VERIRRUNGEN DER SCHWEIZER ARMEE

Wie man eine Invasion anständig beendet

Von Peter Stamm, Schriftsteller, Winterthur *

Die meisten Schweizer Zeitungen fanden es nicht einmal einer Meldung wert, dass am 2. März 170 Rekruten der Schweizer Armee die Grenze nach Liechtenstein überschritten. Nicht, dass Invasionen bei uns an der Tagesordnung wären, aber es war schnell klar, dass es sich um ein Versehen gehandelt hatte. Es geschah mitten in der Nacht bei schlechtem Wetter. Nachts aber ist die Schweiz schwer von umliegenden Gebieten zu unterscheiden. «Es war alles so dunkel dort», sagte einer der fehlgeleiteten Rekruten.

Der Zwischenfall hat auch in der Politik keine hohen Wellen geworfen. Die Behörden und die Armee wiegelten ab. Eine Woche nach dem Zwischenfall schrieb Dr. Paul Seger, der Botschafter der Schweiz im Fürstentum Liechtenstein (mit Sitz in der Schweiz) in einem langen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung, die Beziehungen der beiden Länder seien «intensiv» und «sehr freundschaftlich». Zwar konkurrieren sie sich bei der Verwaltung nicht ganz lupenreiner Vermögen, zwar sind in der Schweiz Adelstitel verboten, während Liechtenstein von einem autokratischen Erbmonarchen regiert wird, zwar gilt in der Schweiz schon als betrunken, wer in Liechtenstein noch ein Auto lenken darf, aber es gibt doch mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Wir sprechen denselben Dialekt, bezahlen mit demselben Franken, und die Menschen wechseln von einer Seite zur anderen, als gebe es keine Grenze. Viele Schweizer sehen Liechtenstein als eine Art siebenundzwanzigsten Kanton an, auch wenn das «Ländle» sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend von der Schweiz emanzipiert hat, zwölf Jahre vor uns Mitglied der UNO wurde und – im Gegensatz zu uns – Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums ist. Es gibt keinen Grund für eine Invasion, zumal Liechtenstein weder ein Atomprogramm hat, noch im Besitz von Massenvernichtungswaffen ist. Seit bald hundertfünfzig Jahren hat es noch nicht einmal mehr eine Armee.

Dass die Infanterierekruten vom Weg abgekommen sind, kann allerdings niemanden erstaunen, der die Schweizer Armee kennt. Noch weniger erstaunt, dass die Invasoren zwar Gewehre bei sich hatten aber keine Munition. Die Sturmgewehre (jeder Wehrmann bewahrt seine Waffe zu Hause auf) kommen eigentlich nur bei Selbstmorden zum Einsatz und gelegentlich bei Gewaltverbrechen. Im Dienst dienen sie vor allem als Ballast auf langen Märschen, einer der Lieblingsbeschäftigungen der Schweizer Armee.

Die Schweiz ist seit bald fünfhundert Jahren neutral und heute kann sich niemand mehr

wirklich vorstellen, wer das Land angreifen könnte, gegen welchen Feind sich die Armee zu rüsten hat. So hat sie in den letzten Jahrzehnten eher folkloristischen Charakter bekommen. Bis 1994 waren noch Brieftauben im Einsatz, die Fahrradtruppen wurden vor vier Jahren abgeschafft. Und erst in den Neunziger Jahren merkte die Armeeführung, dass zwei Drittel der über 20'000 Festungsbauten eigentlich überflüssig waren und geschlossen werden konnten.

Auslöser für diese Reformen war eine Abstimmung, in der 1989 mehr als ein Drittel der Stimmenden fand, die Schweiz brauche keine

Armee mehr. Ausgerechnet in jenem Jahr kam uns mit dem kommunistischen Osten – in Manövern gerne Rotland genannt – auch der einzige einigermaßen glaubwürdige Feind abhanden. Seither ist die Schweizer Armee in der Krise und versucht, ihre Daseinsberechtigung mit Katastrophenhilfe und Hilfsdiensten bei Sportveranstaltungen zu beweisen. Im Prinzip wäre es möglich, die Armee zu verkleinern, aber da die allgemeine Wehrpflicht so unantastbar ist wie in Liechtenstein der Fürst, kann eine Reduktion des Truppenbestandes nur durch eine Verkürzung der Dienstzeit erfolgen oder dadurch, dass man möglichst viele Dienstpflichtige als untauglich erklärt. So konnte die Truppenstärke in den letzten zwölf Jahren von 600'000 auf immer noch beachtliche 240'000 verringert werden. Die Armeeausgaben sanken in den letzten fünfzig Jahren von 35% auf 9% des Bundeshaushalts.

Da die Schweizer Politiker immer weniger Geld für die Armee auszugeben gewillt sind, müssen billige Mittel gefunden werden, die Soldaten zu beschäftigen. Spitzensportler können neuerdings ihren Militärdienst als Trainingslager absolvieren. Das Fussvolk hingegen – Schuhsohlen sind billiger als Munition – muss marschieren. Die Schweiz hat vielleicht nicht die schlagkräftigste Armee der Welt, aber bestimmt die marschtüchtigste. Sollte der Welt jemals das Öl ausgehen, wird unsere Armee die letzte sein, die sich noch bewegt.

Die Invasion war eine Dummheit, zugegeben, aber die Schweizer Armee hat immerhin bewiesen, dass sie weiss, wie man eine missglückte Militäraktion zu einem guten Ende bringt. Man kehrt möglichst schnell um und schleicht sich ganz leise, und bevor irgendjemand etwas gemerkt hat, zurück nach Hause. Und am nächsten Tag ruft man beim Gemeindepräsidenten des fremden Territoriums an und entschuldigt sich in aller Form.

* Dieser Artikel erscheint mit der freundlichen Genehmigung von Peter Stamm und der New York Times, in der er am 10. März 2007 erstmals veröffentlicht wurde.

Es geht darum, ein
unterdrücktes Volk von seinem
Tyrannen zu befreien!

... ausserdem vermuten
wir in Liechtenstein
Massenvernichtungswaffen.



FEINDBEOBACHTUNG

Militaristen im Arbeitsgruppen-Fieber

Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten scheint die Kalten Krieger nervös zu machen. Sie reagieren mit einem Mittel, das bis anhin vor allem linken Splittergruppchen eigen war: Sie gründen eine Arbeitsgruppe nach der anderen. Im Hintergrund zieht die PR-Firma Farner die Fäden. Von Andreas Cassee

Als die Lancierung der Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten im Frühling vergangenen Jahres absehbar wurde, meldete sich die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM) mit einer Medienmitteilung zu Wort. Eine durch Waffen- ausfuhren am Leben erhaltene Rüstungsindustrie sei eine «condicio sine qua non» (sic!) für das Funktionieren des Aufwuchskonzepts der Armee. Präsiert wird die AWM von Andreas Widmer,

seines Zeichens Geschäftsleitungs-Mitglied der rechtskonservativen PR-Agentur Farner.

Neugründung für den Abstimmungskampf

Nun bekommt die AWM Verstärkung: Die «Schweizerische Gesellschaft für Technik und Armee» (STA), die sich als «Bindeglied zwischen Armee, Beschaffungsinstanzen, Wirtschaft und Wissenschaft» versteht und zu deren Vorstand unter anderem Armeechef Christophe Keckeis gehört, hat sich mit «7 Thesen zur Sicherheitspolitik» zu Wort gemeldet. Darin heisst es unter anderem: «Eine Verschärfung der Rüstungsexportpraxis ist sicherheitspolitisch nicht verantwortbar.»

Im November 2006 wurde zudem die Gründung des «Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik» (asuw) bekannt gegeben. Die asuw

wolle sich «für eine realistische Sicherheitspolitik und ein faires Exportregime» einsetzen, heisst es in einer Medienmitteilung. Und: «Ein materieller Aufwuchs ohne eigene wehrindustrielle Fähigkeiten» sei «illusorisch».

Sozialistische Planwirtschaft?

Auch die GSoA-Veranstaltung zur Rüstungskonversion mit Unia-Ökonom Hans Baumann (siehe Artikel Seite 4) war der asuw ein Communiqué wert, in dem vor «Planwirtschaft» und dem «sozialistischen Glauben, dass der Staat die Industriepolitik erfolgreich lenken könne» gewarnt wird. Eine Argumentation, die an den Kalten Krieg erinnert, als die Diffamierung der Friedensbewegten als kommunistische Agenten an der Tagesordnung war.

Präsiert wird die asuw von Ständerat Bruno Frick (CVP) und Nationalrat Jean-François

Rime (SVP). Doch im Hintergrund ist wiederum Farner aktiv: Die Domain www.asuw.ch wurde auf ihren Namen registriert. Dass die AWM für den Abstimmungskampf durch ein neues PR-Vehikel ersetzt wird, vermag indes nicht zu erstaunen. Denn zur AWM, die gegen aussen als Organisationen-Bündnis dargestellt wird, gehören auch Gruppierungen aus dem braunen Sumpf wie die «Aargauische Vaterländische Vereinigung» – ein Reputationsrisiko, das durch die Gründung der asuw aus der Welt geschafft werden soll.

MISSBRAUCH DER MILITÄRDienstPFLICHT

Grüne Männchen fürs Weltcup-Finale, orange Männchen für die Thega

Das VBS und der Zivilschutz missbrauchen die allgemeine Militärdienstpflicht immer öfter. SoldatInnen und Zivilschützer werden als billige Arbeitskräfte für alles mögliche eingesetzt. Vom Skirennen bis zur Gewerbeausstellung.

Von Julian Reich und Christian Mueller

«Und wieder liegt ein erfolgreicher Kampftag hinter uns.» Der rotbackige Soldat bestellt noch einen Tee Crème – «man kann ja nicht den ganzen Tag lang Kaffee trinken» – und steckt sich eine Zigarette an. Im Restaurant Zeman in Lenzerheide/Parpan (GR) liegt schwerer Rauch, draussen gleist der Schnee in der Sonne. Die Berner Gebirgsinfanteristen strömen ins Restaurant, rauchen, trinken Kaffee und

unterhalten sich. Den ganzen Tag haben sie Gerüste montiert, führen Ski und haben Sturznetze an der Rennstrecke aufgestellt.

150 WK-Soldaten standen im Einsatz, um am diesjährigen FIS Ski Weltcup Final vom 14. bis 18. März die Infrastruktur aufzubauen. Sie bauten das VIP-Zelt, die Zuschauertribüne und stellten Fangnetze auf. «Ohne den kostenlosen Einsatz der Armee könnte dieser Anlass nicht durchgeführt werden», sagte Hans Jäger, der mit der Vermittlung zwischen OK, Armee und Zivilschutz vertraut war, gegenüber dem «Bündner Tagblatt». Angesprochen auf die Möglichkeit, ein Arbeitslosenprogramm für das Zusammenstecken der Gerüststangen – zu dem es keine spezielle Ausbildung brauchte – aufzubieten, sagte Jäger: «Ich denke nicht, dass ein Arbeitslosenprogramm die geeigneten Leute

gefunden hätte.» Und OK-Vizepräsident Hans Küng meinte: «Der Vorteil der Armee gegenüber Privaten ist sicherlich die Verfügbarkeit: Passiert zum Beispiel etwas Unvorhergesehenes in der Nacht, müssen wir nur auf einen Knopf drücken, und sie stehen bereit».

Zivilschützer als billige Arbeiter

Nicht nur die Armee findet als willige Dienstleisterin neue Aufgabenfelder, auch der Zivilschutz lässt sich für allerhand gebrauchen. Philippe Mendoza zog von Basel nach Oberwil (BL). Konnte er im Zivilschutz Basel noch sinnvolle Tätigkeiten verrichten und bei Lawinen oder Überschwemmungen in die Hosen steigen, erhielt er in Oberwil ein Aufgebot für die Therwiler Gewerbeausstellung (Thega). Dort sollte er Festhütten aufbauen und den Ver-

kehr regeln. Mendoza liess sich das nicht gefallen. Er rekurrierte beim Baselbieter Regierungsrat – erfolglos. «Ein Einsatz zugunsten der Gemeinschaft», wie ihn das Zivilschutzgesetz vorsieht, könne auch darin bestehen, den Verkehr an einer Gewerbeausstellung zu regeln, dies sei klarerweise eines der 'Kerngeschäfte' des Zivilschutzes. Mendozas Anwalt Andreas Noll bezweifelt aber die Rechtmässigkeit eines solchen Einsatzes: «Ein Aufgebot zugunsten der Thega, die eher einem Festbetrieb entspricht, sei eine zu extensive Auslegung der Verordnung über die Aufgaben des Zivilschutzes. Zudem konkurrenzieren die (für den Veranstalter, nicht für die Allgemeinheit) billigen Arbeiter private Unternehmen.»

Mendoza und Noll haben ihre Beschwerde nun an das Kantonsgericht weitergezogen, in der Hoffnung dem Missbrauch von Rekruten und Zivilschutzleistenden einen Riegel zu schieben. Schliesslich verrichten diese Leute ihren Dienst nicht freiwillig, sondern in staatlich erzwungener Fronarbeit.

INNERE EINSÄTZE

Die EURO 08 als Militärfestspiele

Die Europameisterschaft im Juni 2008 soll zu einem Fussballfest werden und die Schweiz in eine einzige Festhütte verwandeln. Davon will auch die Armee profitieren. Bis zu 15'000 Soldaten sollen zum Einsatz kommen – ein Verstoß gegen die Verfassung.

Von Martin Parpan

Artikel 58, Abs. 2 der Bundesverfassung sieht den Einsatz von Armeeeinheiten zu Gunsten der zivilen Behörden lediglich bei der «Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen» vor. Die Gefahr, welche von Hooligans ausgehen kann, darf sicherlich nicht unterschätzt werden. Dass dadurch aber die innere Sicherheit «schwerwiegend bedroht» ist, dürfte wohl reichlich übertrieben sein. Zu diesem Schluss kam auch das deutsche Bundesverfassungsgericht, welches anlässlich der Fussball-Weltmeisterschaft 2006 diese Frage prüfte und eine «Notstandssituation» verneinte.

Arbeitssuche

Ungeachtet dieser Tatsachen tut die Armee alles, um sich bei diesem Grosseinsatz als nützlich zu erweisen. So wurden die Host Cities durch die Armee aufgefordert, ein «Mustergesuch Unterstützung zugunsten EURO 08» auszufüllen und dieses verzugslos dem Bundesrat zuzustellen. Es sind also nicht die zivilen Sicherheitsbehörden, welche um Hilfe bei der Armee nachsuchen, sondern es ist die Armee, die den zivilen Sicherheitsbehörden ihre Dienste anbietet. Dieses Vorgehen widerspricht eindeutig den Beteuerungen des Bundesrates,

welcher noch im November des vergangenen Jahres versicherte, dass militärische Leistungen im Zusammenhang mit der EURO 08 den zivilen Sicherheitsbehörden nicht aktiv angeboten würden.

Widersprüche

Widersprüchlich zeigt sich die Situation, wenn es um die Frage geht, ob es zu Kontakt zwischen Fussballfans und uniformierten Armeemitgliedern kommt. Martin Jäggi, Kommandant der Kantonspolizei Solothurn und Sicherheitskoordinator der EURO 08, sagte in der Samstagsrundschau von Schweizer Radio DRS vom 31.3.07, dass die Besucher das Militär nicht sehen werden. Die Armee agiere im Hintergrund. Der Bundesrat hingegen ist der Auffassung, dass sich der Kontakt mit Fussballfans und Angehörigen der Armee im Einzelfall kaum vermeiden lasse. Weiter gab Jäggi zu Protokoll, er sei davon überzeugt, dass ausser «kleinen Dingen» nichts passieren werde während der EURO 08. Diese Aussage des Polizeikommandanten wirft unweigerlich die Frage auf, was die 15'000 Soldaten an der EURO 08 eigentlich sollen. Sie ist ein Hinweis mehr, dass es beim Armeeeinsatz nicht um die innere Sicherheit des Landes geht, sondern um einen weiteren Versuch der Armee, sich eine Daseinsberechtigung zu verschaffen. Die jüngsten Äusserungen von Armeechef Keckeis, der sich sicher ist, dass es in der Schweiz früher oder später zu Terroranschlägen kommen wird, passen allzu gut in dieses Bild. Bei jenen Tätigkeiten, die nicht mit Sicherheitsargumenten gerechtfertigt werden, wie z.B. Auf- und Rückbauarbeiten, tut die Armee vor allem eines: Sie konkurrenziert das zivile Gewerbe – und sorgt damit für ein weiteres Ärgernis.



Die neuen Tarnanzüge sind eingetroffen!

VERWEIGERUNGSAUFRUF

Bundesanwaltschaft stellt Verfahren ein

Im Dezember 2004 rief die GSoA zusammen mit einem Soldatenkomitee und zwei Nationalrätinnen Angehörige der Armee zur Verweigerung des WEF-Einsatzes auf. Die Bundesanwaltschaft ermittelte darauf mehr als zwei Jahre lang. Ende Februar 2007 wurde das Verfahren eingestellt. Von Tom Cassee

Ende 2004 bewilligte das Parlament auf Antrag des Bundesrates 6500 Soldaten für das World Economic Forum (WEF). Das Treffen der Reichsten und Mächtigsten sollte wiederum mit Schweizer Militär geschützt werden. Diese inneren Einsätze der Schweizer Armee sind verfassungswidrig, ist doch in der Bundesverfassung klar definiert, dass die Schweizer Armee nur bei einer «ausserordentlichen Bedrohungslage» im Inland zum Einsatz kommen dürfe (siehe auch Artikel zur EURO 08 auf dieser Seite). Ein jährliches Treffen kann sicher nicht als «ausserordentlich» gelten.

Verweigerungsaufwurf der GSoA

Wir reagierten auf diesen unhaltbaren Parlamentsentscheid mit einem Verweigerungsaufwurf. Wir forderten die Soldaten auf, den Marschbefehlen an das WEF in Davos keine Folge zu leisten. Damit haben wir bewusst gegen Artikel 276 des Strafgesetzbuches verstossen, welcher die «Störung der militärischen Sicherheit» mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft. Aber wenn die Schweizer Verfassung verletzt wird, bedarf es auch einer angemessenen Reaktion. Das Echo auf unseren Aufruf war gut. Viele Soldaten verschoben ihren WK, einige entschlossen sich ein Gesuch für den Zivildienst zu stellen. Da es sich bei einem Verweigerungsaufwurf um ein «Verbrechen gegen Staat und Landesverteidigung» handelt, ermittelte die Bundesanwaltschaft. Nach über zwei Jahren Ermittlung beschloss dann aber Justizminister Blocher, dass das Verfahren aus Opportunitätsgründen einzustellen sei. Er wollte wohl keine Debatte über verfassungswidrige innere Einsätze führen. Für die GSoA jedenfalls ist es ein Erfolg, dass nun auch in der Schweiz straffrei zur Dienstverweigerung aufgerufen werden darf.

MILITÄRJUSTIZ

Feigheit wird mit Gefängnis bestraft

Mit ihrer Militärjustiz für Zivilpersonen steht die Schweiz im europäischen Umfeld alleine da: Weder in Deutschland, Frankreich, Österreich noch Italien gibt es sie. Der Fall der drei Journalisten, welche gemäss Anklage militärische Geheimnisse verletzt haben sollen (vgl. Kasten), wirft die grundsätzliche Frage auf, wieso die Schweiz hier eine Ausnahme ist. Von Reto Moosmann

«Wer vor dem Feinde aus Feigheit sich versteckt hält, flieht oder eigenmächtig seinen Posten verlässt, wird mit (lebenslänglicher) Freiheitsstrafe bestraft.»

Was sich wie ein hoffnungslos veralteter, längst der Vergangenheit angehörender Gesetzesartikel liest, ist leider immer noch Teil der schweizerischen Realität: Artikel 74 des Militärstrafgesetzes (MStG) von 1927 ist nach wie vor in Kraft. Immerhin wurde das Strafmass in den letzten achtzig Jahren gesenkt. Während «Feigheit» 1918 noch mit dem Tode oder mit Zuchthaus bestraft wurde, hat der «Täter» heute «bloss» noch mit einer Freiheitsstrafe zu rechnen. So veraltet der zitierte Artikel ist, so veraltet ist der ganze Gesetzestext, der heute im Wesentlichen immer noch dasselbe unter Strafe stellt wie Anno 1927.

Überflüssiges Militärgesetz

Veraltet ist nicht nur der Gesetzestext an sich, sondern auch die Idee, dass es über das zivile Strafrecht hinaus einen Bedarf an eigenen Rechtsnormen im militärischen Bereich gibt. So führt das MStG einen Strafnormenkatalog für Verbrechen gegen Leib und Leben oder für Vermögensdelikte, wie es ihn im zivilen Recht auch gibt. Wieso Mord, Totschlag, Körperverletzung, Diebstahl, Veruntreuung und Sachbeschädigung auch noch im Militärstrafgesetz geregelt sein müssen, leuchtet nicht ein. Straftatbestände im Zusammenhang mit Verletzungen des Völkerrechts können problemlos ins zivile Strafrecht übernommen werden. Ein grosser Teil des Militärstrafgesetzes ist aber

schlicht und einfach überflüssig und kann ersatzlos gestrichen werden, wie beispielsweise die Gesetze betreffend Verletzung militärischer Geheimnisse.

Problematisch an der Militärjustiz sind nicht nur die speziellen Strafnormen, sondern auch die separaten Gerichtsstrukturen. Das Militärstrafgesetz unterstellt dabei nicht bloss Soldaten im Dienst unter die Militärgerichtsbarkeit, sondern für bestimmte Straftatbestände auch Zivilpersonen. Die drei SonntagsBlick-Journalisten mussten sich einem Militärgericht stellen, weil sie wegen eines angeblichen Verstosses gegen einen Militärstraf-Artikel angeklagt waren. Auch Verstösse von ZivilistInnen gegen den grotesken «Verstümmelungsartikel» wür-

den von einem Militärgericht geahndet. Dieser Artikel stellt unter Strafe, wer sich durch Verstümmelung für den Militärdienst untauglich macht oder untauglich machen lässt (Art. 95 MStG).

Sondertribunale

Anlässlich der Behandlung einer parlamentarischen Initiative von GSoA-Vorstand Josef Lang im Nationalrat im Oktober 2004 sagte der freisinnige Nationalrat Kurt Fluri, seines Zeichens selbst Präsident eines Militärgerichts: «Wie bei der zivilen Gerichtsbarkeit kann es auch bei der militärischen Gerichtsbarkeit nicht sein, dass einzelne Fälle, die von einzelnen Kreisen der Bevölkerung als ungerecht beurteilt wer-

den, zur Aufhebung der entsprechenden Institution führen können. Kein Mensch will ja die zivile Gerichtsbarkeit wegen allfälliger fraglicher Urteile aufheben.» Tja, Herr Fluri, nicht bloss die falschen Urteile führen zur Forderung nach Aufhebung der Militärjustiz. Störend ist bereits, dass die Schweiz mit der Militärjustiz über eigentliche Sondertribunale verfügt.

CIA-FAX-AFFÄRE

Schweine in Uniformen

(fb) Am 17. April standen drei Journalisten des SonntagsBlicks in St.Gallen vor dem Militärgericht 6. Ihnen wurde vorgeworfen durch die Veröffentlichung eines Faxes des ägyptischen Aussenministeriums, das vom schweizerischen Auslandgeheimdienst abgefangen worden war, die Sicherheit der Schweiz gefährdet zu haben. Die Schweizer Militärjustiz verfolgte damit ausgerechnet jene Journalisten, welche eine breite Öffentlichkeit über die Existenz von CIA-Foltergefängnissen in Europa informiert hatten.

«Die Militärjustiz ist eine Schweinerei» fand die GSoA und stellte dies vor Prozessbeginn in einer Aktion bildhaft dar. Die Verbindung von Armeuniformen und Schweineköpfen ergab dabei ein erstaunlich symbiotisches Bild.

Die Gerichtsverhandlung bot dann erschreckende Einblicke in das Funktionieren der Militärjustiz: der Gerichtspräsident führte gutge-launt durch den Prozess während einige seiner Richterkollegen mit dem Schlaf kämpften. Fast hätte man lachen können über den komödiantischen Auftritt der Armeerichter in St.Gallen. Doch auch nach dem Freispruch für die drei Journalisten können ZivilistInnen vor ein Militärgericht gezerrt werden. Das ist bitterer Ernst.



GSoA-Aktion gegen die Schweinereien der Militärjustiz

PETITION

0,7 % für mehr Frieden

Mehr als 60 Schweizer Organisationen fordern von Bundesrat und Parlament mit der Petition «0,7% - Gemeinsam gegen Armut» eine Erhöhung der Entwicklungshilfe und ein verstärktes Engagement für die Millenniumsziele der UNO. Von Stefan Luzi

Als SVP-Nationalrat und Bundesrat habe er sich die Frage nach der Effizienz der Entwicklungshilfe auch gestellt. Seit er sehe, welchen Nutzen die Hilfe vor Ort bringt, tue er das nicht mehr. So äusserte sich unlängst der frühere Verteidigungsminister Adolf Ogi, als er in seiner Funktion als UNO-Sonderberater für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden das bürgerkriegsversehrte Land Liberia besuchte. Ogi grenzte sich mit dieser Aussage deutlich von den Mitläufern um SVP-Bundesrat Blocher ab, der im Herbst 2006 vorgeschlagen hatte, Afrika sich selber zu überlassen.

0,7% für Millenniumsziele

Ogis Aussage widerspiegelt die zunehmende Besorgnis vieler Menschen in der Schweiz, die sich fragen, welche Auswirkungen die Verhärtung der Fronten im Bundesrat auf die schweizerische Entwicklungspolitik hat. Die Zahlen sprechen für sich: Zwar hat die Schweiz im Jahr 2005 endlich den seit langem versprochenen Anteil von 0,4% des Bruttonationaleinkommens für die staatliche Entwicklungshilfe aufgewendet, dies allerdings nur, weil sie neu auch die Betreuung von AsylbewerberInnen und andere Kosten in die Rechnung aufnahm. Und im Jahr 2006 fiel der Anteil bereits wieder auf 0,39%.

Damit ist die Schweiz weit entfernt vom Richtwert von 0,7%, den die UNO und die OECD als Voraussetzung dafür angeben, dass die UNO-Millenniumsziele erreicht werden können. Diese Ziele bilden eine im Jahr 2000 von allen Staaten der Welt eingegangene Abmachung, bis im Jahr 2015 den Hunger und

die Armut weltweit zu halbieren, die Kinder- und Müttersterblichkeit massiv zu verringern, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern.

Die Schweiz muss mehr leisten

Viele Staaten haben mittlerweile realisiert, dass die UNO-Millenniumsziele nicht erreicht werden können, wenn sie passiv bleiben. So haben die EU-Staaten im Jahr 2005 beschlossen, ihre Entwicklungshilfe bis ins Jahr 2015 schrittweise auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Ein Bündnis von mehr als 60 Schweizer Organisationen fordert nun mit der Petition «0,7% - Gemeinsam gegen Armut» von der Schweizer Regierung, dass sie sich diesen Schritten anschliesst. Dass sich die Schweiz mit ihrer Weigerung bezüglich eines Ausbaus ihrer Entwicklungshilfe weiter ins internationale Abseits befördert, ist in der Kampagne nur ein Argument unter vielen. Viel entscheidender ist es zu zeigen, dass die Schweiz mit mehr Mitteln Entscheidendes für eine gerechtere Welt beitragen kann, zum Beispiel in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte oder Bildung und Arbeit.

Aus friedenspolitischer Sicht ist diese Kampa-

Petition unterschreiben!

Dieser Ausgabe der GSoA-Zitig liegt eine Unterschriftenkarte zur Petition «0,7% - Gemeinsam gegen Armut» bei. Die GSoA ruft ihre Mitglieder und SympathisantInnen auf, die Kampagne der Hilfswerke mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

gne sehr zu begrüssen. Sie nimmt ein Anliegen auf, das die GSoA mit ihren Initiativen für eine Schweiz ohne Armee und für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD) formuliert hat: Mehr Mittel für Frieden und Entwicklung, weniger für Krieg. Die GSoA weist seit Jahrzehnten darauf hin, dass Konflikte nicht mit «Kriegen gegen den Terror» verhindert werden können, sondern, indem man Menschen die Chance auf ein Leben in Würde sichert. Entwicklungszusammenarbeit ist die beste Konfliktprävention.

OSTERMARSCH 2007

Aufstand gegen Gewalt und Ungerechtigkeit

Der diesjährige Ostermarsch stand unter dem Motto «Gemeinsam gegen weltweite Aufrüstung – Kultur des Friedens statt Geschäft und Politik mit dem Krieg». Über 500 Menschen haben am Ostermontag ein Zeichen gegen Aufrüstung und Waffengeschäfte gesetzt. Von Rahel Ruch

Der fünfte Berner Ostermarsch war ein grosser Erfolg. Über 500 Menschen – weit mehr als in den letzten Jahren – sind durch die Stadt Bern gezogen, um aufzustehen gegen Gewalt, Krieg und Unterdrückung.

Arnold Hottinger schilderte in seiner Rede an der Kundgebung die Lage im Irak, die «schlimmer und gefährlicher ist als dies aus unseren Zeitungen erkenntlich wird» und wies darauf hin, dass so lange die amerikanischen Truppen dort blieben, keine Lösung in Sicht sei. Er kritisierte die Bush-Administration mit scharfen Worten und entlarvte den «Krieg gegen Terror» als Propaganda: «Sie [die US-amerikanische Regierung] terrorisierte die Nicht-Terroristen solange, bis auch diese notgedrungen zum Terror griffen. Irak ist dadurch – wie zuvor schon Afghanistan – zum Pflanzbeet des Terrorismus geworden, und Iran droht ein ähnliches Schicksal, was dann unvermeidlich auf Amerika und auf die ganze übrige Umwelt zurückschlagen wird.»

GASSENKÜCHE BERN

Wem gehört der öffentliche Raum?

(rr) Seit über 16 Jahren existiert in Bern eine Gassenküche. Eine Gruppe junger Leute gibt jeden Sonntag in der Innenstadt gratis Essen ab und setzt so gleichzeitig ein Zeichen gegen Prohibition und Repression. Bis vor rund einem Monat hat sie das auf dem Bahnhofplatz getan. Doch nun hat die Stadtregierung den Umbau des Berner Bahnhofplatzes zum Anlass genommen, die Gassenküche aus der Innenstadt zu verbannen. Mit einer harschen Medienmitteilung kündigte der Gemeinderat an, die Essensabgabe der Gassenküche fortan nur noch im Vorhof der Kontakt- und Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen zu tolerieren. Dies ist Teil der Strategie der Stadtregierung, aus dem umgebauten Bahnhof eine sterile Zone zu machen, in der nur noch Platz hat, was gut aussieht – EURO 08 lässt grüssen.

Gegen diese Vertreibungspolitik formierte sich Widerstand und die OrganisatorInnen der Gassenküche machten klar, dass sie sich nicht an den vorgeschlagenen Standort verdrängen lassen würden. Eine verständliche Haltung, weil 1. nicht nur Drogenabhängige das Angebot der Gassenküche benutzen, 2. die Gassenküche ein politisches Projekt ist, für das an einem zentralen Ort Platz sein muss und 3. die Kontakt- und Anlaufstelle keine 100 Meter von der Reitschule entfernt ist. Diese ist durch die städtische Vertreibungspolitik sowieso schon zum Auffangbecken für alle Abgeschobenen geworden, was den Kulturbetrieb nicht erleichtert. Doch der Berner Gemeinderat, der notabene rot-grün dominiert ist, beharrt auf seiner unverständlichen Politik und ging so weit, dass er am Pfingstsonntag die Essensabgabe der Gassenküche mit einem grossen Polizeiaufgebot und Tränengaseinsatz auflösen liess. Damit wurde ein Sommertheater lanciert, dessen Ende noch nicht in Sicht ist. Sicher ist: Die Gassenküche gehört zu Bern und die Solidarität mit den Vertriebenen wächst.

Gegen Aufrüstung

Barbara Müller vertrat als Mitglied des Initiativkomitees das «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte». Sie rief in Erinnerung, dass die globale Aufrüstung auch in der Schweiz stattfindet: 1.5 Milliarden Franken wurden 2006 für Rüstung ausgegeben, die Kriegsmaterial-Exporte nehmen zu und die Diskussion über die Verstärkung des militärischen Engagements der Schweiz im Ausland ist neu entflammt. Auf eindrückliche Art und Weise thematisierte Louise Schneider (GSoA-Akivistin aus Bern) in ihrer Rede die traditionell gewordene Zusammenarbeit zwischen der GSoA und den Kirchen. Es sei ermutigend, dass solche Bündnisse zustande kämen. Dies zeigt, dass der Glaube an die Veränderbarkeit der Zustände unser Tun bestimme oder bestimmen sollte. Louise Schneider wies auf die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten hin und rief dazu auf, im Aufstand gegen Gewalt und Ungerechtigkeit mit unermüdlicher Beharrlichkeit durchzuhalten – dass dies möglich ist, zeigte Louise mit ihrem Auftritt gleich selber. Der Berner Ostermarsch existiert in der «jüngeren Auflage» seit 2003, als im Rahmen der Proteste gegen den Irak-Krieg die Tradition der Ostermärsche wieder aufgegriffen wurde. Organisiert wird der Anlass jedes Jahr hauptsächlich von VertreterInnen beider Landeskirchen und der GSoA Regionalgruppe Bern.



Gut besuchter Ostermarsch in Bern

AUSLANDEINSÄTZE

«Operation Enduring Freedom» mit der Schweizer Armee?

Um eine Verdoppelung der Auslandseinsätze der Armee durchsetzen zu können, hat die SP-Fraktion im Nationalrat den Widerstand gegen den Entwicklungsschritt 08/11 aufgegeben. In der Herbstsession hatte die SP noch mit markigen Worten die Bildung einer «220'000-köpfigen Bundessicherheitspolizei» kritisiert. Von Nina Regli und Karin Jenni

In der letzten Herbstsession in Flims wurde im Nationalrat der Entwicklungsschritt 08/11 durch eine Allianz von SVP, SP und Grünen verworfen. Mit diesem Entwicklungsschritt sollten sowohl die Einsätze im Inland (WEF, EURO08, etc.), als auch die Auslandseinsätze ausgebaut werden. Die SVP stellte sich dagegen, weil sie mit dem Abbau der Panzerbrigaden nicht einverstanden war und die SP wollte auf keinen Fall eine Ausweitung der inneren Einsätze. Dass der Entwicklungsschritt in dieser Sommersession nun doch noch eine Mehrheit findet, hat verschiedene Ursachen. Zum einen wurde versucht, mit der Erhöhung der Anzahl Panzerbrigaden die SVP ins Boot zu holen. Zum andern, und vor allem dieser Schachzug verdient unsere Aufmerksamkeit, haben FDP, CVP und die SP einen Deal gemacht: Die SP nimmt eine Militarisierung der inneren Sicherheit in Kauf, und FDP und CVP stimmen im Gegenzug der Verdoppelung der Auslandseinsätze zu.

Nach Afghanistan?

Diesen März forderte die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrates den Bundesrat dazu auf, das Kontingent der Auslandstruppen zu verdoppeln. Kommissionspräsidentin Barbara Haering (SP) rechtfertigte diese Haltung damit, dass die Schweiz bisher vergleichsweise wenig für den «Frieden» geleistet habe. Auf die Nachfrage der Medien, wo diese Auslandseinsätze stattfinden sollen, hüllte sich Haering jedoch in Schweigen. Aus dem Jahresbericht der ausserparlamentarischen Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedenförderung PSO (Peace Support Operation) geht hervor, dass unter

anderem eine Vergrösserung des Kontingents in Afghanistan von heute 4 auf 20 bis 30 Schweizer Armeemitglieder angestrebt wird. Dies auch wenn der Jahresbericht der PSO die Probleme, die ein solcher Einsatz mit sich bringen würde, paradoxerweise selbst als kaum überwindbar darstellt:

So geht die Kommission davon aus, dass die Bevölkerung wenig Verständnis für einen Einsatz von Schweizer Soldaten unter der Führung der NATO haben wird. Und da die NATO in Zukunft gar direkt Kampfoperationen der USA im Rahmen der Operation Enduring Freedom übernehmen soll, scheint eine breite Ablehnung in der Schweiz umso wahrscheinlicher. Durch diese Überlegungen wurde das Papier der PSO-Kommission erst brisant. Sie wollte es daher nicht veröffentlichen. Erst der öffentliche Druck, unter anderem der GSoA, führte dazu, dass der Bericht nun zugänglich ist.

Nur Verlierer

Trotz dieser Gefahren, auf welche auch GSoA-Vorstand und Nationalrat Josef Lang und SP-Nationalrat Remo Gysin während der Parlamentsdebatte hinwiesen, hat der Nationalrat am 6. Juni mit 83 zu 63 Stimmen die Verdoppelung der Auslandseinsätze angenommen. Das Resultat der Abstimmung über den Entwicklungsschritt 08/11 und die damit einhergehende Militarisierung der inneren Sicherheit war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Es muss jedoch damit gerechnet werden, dass die SP nun im Gegenzug dem Entwicklungsschritt 08/11 zustimmen wird. Damit wäre für die SP, die FDP und die CVP der Kuhhandel gelungen. Ein Deal, der leider nur Verlierer produziert: Einerseits durch die Tatsache, dass sich die Schweizer Armee in Zukunft vermehrt unter dem Deckmantel von humanitären Interventionen an geostrategischen und machtpolitischen Einsätzen beteiligen wird und andererseits durch die Verwässerung der Gewaltenteilung zwischen Polizei und Militär durch die Militarisierung der inneren Sicherheit.

WAFFENGESETZ

Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» wird lanciert

Ende Mai trafen sich VertreterInnen von rund 50 Organisationen in Bern um die Lancierung der Volksinitiative zu beschliessen. Voraussichtlich Mitte August beginnt die Unterschriftensammlung. Von Patrick Angele

Rund 2,5 Millionen Schusswaffen sind in der Schweiz im Besitz von Privaten. Im Schnitt nimmt sich jeden Tag eine Person mit einer Waffe das Leben. Zahlreiche Familiendramen haben sich in der letzten Zeit ereignet. Latente und handgreifliche Bedrohungen von Frauen mit Armeewaffen sind Alltag.

Trotzdem wurden sämtliche parlamentarischen Versuche der Linken zur Verschärfung des Waffengesetzes abgeschmettert. Die National- und StänderätInnen haben sich in keinem Punkt bewegt. Es gibt kein nationales Waffenregister, die Armeewaffen müssen immer noch zu Hause aufbewahrt werden und es ist immer noch äusserst einfach an Schusswaffen heranzukommen. Nicht einmal die besonders gefährlichen «Pump-Actions» wollte die Ratsmehrheit verbieten. Mit haarsträubenden Argumenten hielten die Bürgerlichen am Waffenland Schweiz fest: «Es ist wahr, dass in der Schweiz die Suizidrate relativ hoch ist. Aber das ist so, weil sich die Leute umbringen, nicht weil sie eine Waffe haben», so Bundesrat Blocher.

Der Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, einem Teil der Armeeangehörigen die Taschenmunition nicht mehr mit nach Hause zu geben, wirkt in der ganzen Debatte nur wie ein hilfloser Versuch der bür-

gerlichen Mehrheit, die Gemüter zu besänftigen und der Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Breites Bündnis

Dass wir uns mit den grobfahrlässigen Entscheidungen der Räte nicht zufrieden geben können, liegt auf der Hand. Der parlamentarische Weg erwies sich als Sackgasse. Deshalb trafen sich Ende Mai VertreterInnen von rund 50 Organisationen in Bern zur Lancierung der Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Der Trägerverein, der für dieses Projekt gegründet wurde, hat eine beachtliche Breite erreicht. So stehen unter anderem die beiden grössten schweizerischen Frauenorganisationen, der katholische und der evangelische Frauenbund, hinter dem Initiativprojekt. Mit von der Partie sind auch der Personalverband der BundeskriminalpolizistInnen, zahlreiche Parteien (SP, Grüne, JUSO, CSP und weitere), Gewerkschaften, sowie Betroffenen- sowie Suizidpräventionsorganisationen.

Dass ein solches Anliegen in der Bevölkerung auf viel Sympathie stösst, ist auch der Arbeit der Arbeit der GSoA zu verdanken. Seit Jahrzehnten hat die GSoA auf die Enttabuisierung von Armeewaffen und Waffenlobby hingewirkt. Mit zunehmendem Erfolg.

Was will die Initiative?

Der Kern der Initiative besteht aus der Abkehr vom Missbrauchs- hin zum Gebrauchsrecht. Es wird nur noch denjenigen Personen erlaubt, eine Schusswaffe zu erwerben, zu tragen und zu besitzen, die den Nachweis der Notwendig-

keit und der erforderlichen Fähigkeiten zum Umgang mit Waffen erbringen können. Für SportschützInnen, SammlerInnen und JägerInnen bleibt der Waffenbesitz weiterhin möglich. Armeewaffen dürfen nicht mehr mit nach Hause genommen werden. Sie werden in gesicherten Räumen der Armee aufbewahrt.

Weiter verlangt die Initiative ein nationales Waffenregister. Wie jedes Auto und jeder Hund sollen in Zukunft auch Waffen und ihre «Halter» registriert werden.

Im August geht's los

Der Trägerverein beschloss den Initiativtext im Mai bei der Bundeskanzlei zur Prüfung einzureichen. Sobald das Initiativprojekt im Bundesblatt veröffentlicht wird, kann es losgehen mit der Unterschriftensammlung. Erfahrungsgemäss dauert das ganze Prozedere circa zwei Monate.

Das bedeutet, dass die Sammelfrist voraussichtlich im August beginnt.

Die GSoA-Vollversammlung hat beschlossen, 20'000 Unterschriften zur Initiative beizutragen. Damit steuern wir nach der SP den zweitgrössten Anteil bei. Verbannen wir die Armeewaffen ins Zeughaus!



Das Bundeshaus – fest in der Hand der Waffenlobby

Nicht ohne meine Waffe

(rm) Es gibt sie noch, die Waffenverherrlicher (die männliche Form ist beabsichtigt). Die bisweilen perverse Intimität, welche die «alten Eidgenossen» zu ihrer Waffe öffentlich demonstrieren, legt die geschichtlichen und seelischen Tiefenschichten der bürgerlich-traditionalistischen Männerwelt frei. Die Verknüpfung von Waffe und Würde («wehrlös gleich ehrlos») ist spezifisch schweizerisch und über Jahrhunderte gewachsen. An der Appenzeller Landsgemeinde beispielsweise diente der Degen den männlichen Stimmberechtigten lange Zeit als eine Art Stimmausweis.

Diese historische Tradition macht es auch so schwierig, eine sachliche Diskussion über griffigere Massnahmen im Waffengesetz zu führen. Und sie erklärt auch die sture Haltung der bürgerlichen Mehrheit während der Debatte über das Waffengesetz. Eine kleine Auswahl an Statements, die deutlich macht, wie tief die bürgerliche Männerseele durch die aktuelle Diskussion um Waffen getroffen wird:

«Die Waffe ist Zeichen der Freiheit und der Identifikation mit unserem Land, der wichtigsten Werte überhaupt.»

David Glatz, Vorstand der Stiftung «zur Pflege der Schweizer Waffentradition»

«Waffe und Munition gehören zum Soldaten – wie das Benzin zum Auto.»

Willy Pfund, Präsident ProTell

«Die Macht liegt beim Volk, die Waffe beim Mann.»

Peter Schmid, Bruder von Bundesrat Samuel Schmid.

«Ein Soldat ohne Waffe ist kein Soldat. Wir produzieren aber keine Halbheiten.»

Christophe Keckeis, Korpskommandant, Chef der Armee

«Das Schweizer Rechtssystem will dem Bürger auch Verantwortung übertragen. Dazu gehört bei aktiven Soldaten auch die Waffe.»

Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS.

KOMMENTAR

Divisionär Hofmeister, zurücktreten!

(fb) In der rechtslastigen Postille «Schweizerzeit» vom 18. Mai 2007 ist auf der Frontseite eine Ansprache von Divisionär Eugen Hofmeister, Kommandant Territorialregion 2, abgedruckt. Der Titel sagt, worum es geht: «Gegen die Entwaffnung des Bürgersoldaten». Die Waffenmythologie und Geschichtsklitterei, die darunter ausgebreitet wird, kennen wir zur Genüge. Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen. Auffällig an der Rede eines der wichtigsten Köpfe der Armee ist die Hetze gegen Linke, Grüne und insbesondere GSoAInnen.

Nachdem Jo Lang zweimal namentlich erwähnt wurde, und zwar als Nationalrat, gebraucht Hofmeister Worte, die eigentlich seit den braunen Hochzeiten tabu sein sollten. «Ich vermute stark, dass gewisse linke Wühlmäuse hier eine weitere Stossrichtung entdeckt haben, nachdem ihnen die Armeeabschaffung in zwei Volksabstimmungen misslungen ist, die Armee und das Schiesswesen zu demontieren.» Theres Frösch, Fraktionschefin der Grünen, verlangte in der parlamentarischen Fragestunde eine bundesrätliche Stellungnahme zu diesem Rundumschlag. Denn wer politische GegnerInnen als «Wühlmäuse» bezeichnet, hat in der Armeeführung eines Staates, der sich für demokratisch hält, nichts verloren. Divisionär Hofmeister, Treten Sie zurück! Und lassen Sie Ihre Waffe in der Kaserne!

Von der Schwierigkeit, die Armeewaffe loszuwerden

(ac) Theoretisch besteht in der Schweiz die Möglichkeit, den Militärdienst ohne Waffe zu leisten. Doch wer seine Ordonnanzwaffe loswerden will, dem werden alle möglichen Steine in den Weg gelegt. Diese Erfahrung machte auch der angehende Regisseur Michael Werder. So wurde von ihm ein Strafregisterauszug verlangt – offenbar, weil Vorstrafen den Wissenskonflikt, der für die Bewilligung des waffenlosen Dienstes geltend gemacht werden muss, unglaubwürdig machen würden. Soll heissen: Vorbestrafte Leute haben geringere Chancen, ihre Waffe loszuwerden. Für den waffenlosen Dienst kommen nur besonders gewissenhafte Wehrpflichtige in Frage. Eine absurde Abkehr vom gesunden Menschenverstand...

Im Rahmen seiner Ausbildung an der Hochschule für Gestaltung in Zürich dreht Michael Werder nun einen Film über die Schwierigkeit, die Armeewaffe loszuwerden. Dafür sucht er Menschen, die selbst ein Gesuch für waffenlosen Dienst gestellt haben und über ihre Erfahrungen berichten möchten.

Interessierte melden sich am besten bei der GSoA (gsoa@gsoa.ch oder 044 273 01 00).

EU-MILITARISIERUNG

Frontex rüstet zum Kampf gegen die illegalisierte Migration

Ohne illegalisierte MigrantInnen würden die Volkswirtschaften Europas zum Stillstand kommen. Dennoch bläst die EU zum Kampf gegen die «Illegalen». Dazu wird die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex) massiv aufgerüstet.
Von Tom und Andreas Cassee

Mit der Frühjahrsoffensive der Frontex, die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft besonders von Wolfgang Schäuble vorangetrieben wird, nimmt die Militarisierung der EU-Aussengrenzen neue Züge an. Eine gemeinsame europäische Schnelleingreiftruppe soll helfen, unerwünschte Gäste notfalls mit Gewalt fernzuhalten. «Diese Rapid Border Intervention Teams (sogenannte RABITs) könnten schon im Rahmen des zu erwartenden Flüchtlingsstroms in diesem Jahr zur wirksamen Unterstützung der Mitgliedstaaten eingesetzt werden», heisst es in einer Medienmitteilung. Neu ist, dass die an den Frontex-Aktionen beteiligten Beamten auch ausserhalb ihres Staates über exekutive Befugnisse verfügen. Es ist zu befürchten, dass die rechtsstaatliche Kontrolle der Migrationsabwehr damit weiter geschwächt wird. In einem Register namens «Toolbox» sollen zudem Helikopter, Boote und anderes Material erfasst werden, das von den EU-Mitgliedstaaten für repressive Massnahmen an den Aussengrenzen zur Verfügung gestellt wird.

Via Kanaren nach Europa

Bereits im Februar lief die Frontex-Operation «Hera III» an. Schon «Hera I» und «Hera II» verfolgten das Ziel, afrikanische Flüchtlinge daran zu hindern, via die Kanarischen Inseln nach Europa zu gelangen. Der Fluchtweg über die Inseln wird immer häufiger gewählt, da die spanischen Enklaven Ceuta und Mellila unter Mithilfe Marokkos immer stärker abgeriegelt werden.

Trotz des Einsatzes rechtlich fragwürdiger Mittel wie der Ausschaffung von Flüchtlingen in Länder, die sie auf ihrer Reise noch nicht einmal passiert hatten, vermochte Frontex die Immigration bisher nicht zu verhindern. Zwar

wurden im vergangenen Jahr fast 4'000 Menschen auf hoher See aufgegriffen und nach Afrika zurückgeschafft. In der gleichen Zeit gelangten aber rund 31'000 Menschen via die Kanaren nach Europa. Geschätzte 6'000 kamen auf dem Weg ums Leben. Diese Zahlen zeigen: Die Militarisierung der EU-Aussengrenzen verhindert nicht die Immigration, sondern veranlasst die Wirtschaftsflüchtlinge nur, nach neuen und noch gefährlicheren Wegen zu suchen, um dem Elend in ihrer Heimat zu entkommen. Vor diesem Hintergrund muten die Worte auf der offiziellen Homepage zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft geradezu zynisch an: «Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Bekämpfung illegaler Migration ist die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Drittstaatsangehöriger. Wir können damit ein deutliches Zeichen setzen, dass unerlaubte Einreisen nicht zu einem Bleiberecht in Europa führen. Dies wird auch dazu beitragen, Drittstaatsangehörige von den zum Teil lebensgefährlichen Versuchen, nach Europa zu gelangen, bereits im Vorfeld abzuhalten (...)»

Schweizer Beteiligung an Frontex

Nach dem Willen des Bundesrates soll sich in Zukunft auch die Schweiz an Frontex beteiligen. Da es um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes gehe, müsse die Schweiz mitmachen, andernfalls könnte die EU die Beendigung der Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen veranlassen, heisst es im erläuternden Bericht zur Vorlage. Die Vernehmlassungsfrist ist Mitte März 2007 abgelaufen, als nächstes wird nun das Parlament darüber befinden. Der Bundesrat schreibt, dass «sich die Agentur als ein wichtiges Instrument für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und den Kampf gegen die illegale Einwanderung erweisen sollte; (...) Damit die Behörden im Krisenfall rasch handeln können, ermächtigt Artikel 92 Absatz 3 die Zollverwaltung, ihr operatives Material zur Überwachung der Grenze im Rahmen internationaler Massnahmen Frontex oder anderen Staaten zur Verfügung zu stellen.» Ob neben dem Schweizer Material auch zivile Beamte oder gar militärisches Personal zum Schutz der «Festung Euro-

pa» eingesetzt werden sollen, ist unklar. Der Versuch, repressive Massnahmen gegen MigrantInnen als Massnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu legitimieren, ist nicht neu. Schon im Monat nach dem 11. September 2001 hatte die NATO mit der Operation «Active Endeavour» im Mittelmeer begonnen. Offiziell geht es dabei um den Kampf gegen den Terrorismus. Faktisch steht die Kontrolle der zivilen Schifffahrt auf den internationalen Gewässern im Zentrum – und damit die Verhinderung der illegalen Einreise nach Europa.



Grenzzaun in Ceuta, einer spanischen Enklave in Nordafrika

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

51

Migration, Integration und Menschenrechte

Migrantinnen, Ausländerrecht und Zwangsmassnahmen; Sans-Papiers; Menschenhandel; Solidarische Asyl- und Migrationspolitik; Integration, Partizipation und Gleichberechtigung; Kulturalisierung; Gewerkschaften und Migration; Second@s in der Schweiz

M. Spescha, S. Pittà, Y. Riaño / N. Baghdadi,
B. Schwager, A. Lanz, H. Busch / B. Glättli,
S. Jegher, G. D'Amato / R. Fibbi, S. Prodollet,
M. Terkessidis, A. Sancar, A. Gamboa / T. Leite,
V. Alleva, A. Juhasz

Globalisierung und Arbeitsmigration

Ch. Butterwegge: Weltmarktdynamik und Migration
Ch. Marischka / T. Pflüger: EU-Grenzregime
S. Brodal: Sklavenarbeit in der Landwirtschaft
M.R. Krätke: Globalisierung und Nationalstaat

232 Seiten, Fr. 25.– (Abo. Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

ASYL

Schweiz will PKK-Kadermann an die Türkei ausliefern

Der Fall von Mehmet Esiyok zeigt:
Die Antiterror-Kooperation führt zur
Untergrabung der Antifolter-Konvention.
Von Rolf Zopfi (augenaufl)

Mehmet Esiyok war langjähriges Mitglied der PKK sowie der Nachfolgeorganisation Kongra-Gel. Insgesamt war er in den beiden Organisationen 10 Jahre im Zentralkomitee tätig. Im Dezember 2005 stellte Esiyok am Flughafen Zürich ein Asylgesuch, und wurde daraufhin in Auslieferungshaft gesetzt, da er von der Türkei per Interpol gesucht wurde. Im Asylverfahren wurde nach dem erstinstanzlichen negativen Entscheid im Dezember 2006 ein Rekurs ans Bundesverwaltungsgericht (ehemals ARK) eingereicht, über den bisher noch nicht entschieden wurde. Ein negativer Asylentscheid wäre die Voraussetzung für eine Auslieferung. Das Bundesgericht hat eine Auslieferung im Januar

2007 prinzipiell bewilligt, sofern die Türkei zusichert, dass das Strafverfahren und die Haftbedingungen, insbesondere die Einhaltung des Verbots von Folter und Misshandlungen, durch die Schweizer Botschaft überprüft werden können. Seither ist ein juristisches Seilziehen darüber im Gange, ob die Verlautbarungen der Türkei dem Entscheid von Lausanne entsprechen. Bisher hat nur die Botschaft diesem «Monitoring» zugestimmt, jedoch nicht das zuständige Justizministerium. Trotzdem will das Bundesamt für Justiz an der Auslieferung festhalten.

Mehrfacher Paradigmenwechsel der Schweiz

Die Behandlung von Mehmet Esiyok zeigt auf mehreren Ebenen einen Sinneswandel der Schweizer Regierung. Im Asylverfahren wird erstmals die Flüchtlingseigenschaft allein aufgrund eines Rangs in einer bewaffneten Or-

ganisation, die nun entgegen früherer ARK-Entscheide als terroristisch eingestuft wird, abgesprochen. Im Auslieferungsverfahren sucht die Schweiz einen Weg, die absolute Verpflichtung zu umgehen, niemanden in ein Land auszuliefern wo ihm Folter oder Misshandlung droht. Mit den neu unterzeichneten Vereinbarungen im Kampf gegen den Terror übernimmt sie zudem die Definition anderer Staaten, wer als terroristisch einzustufen sei.

Nicht nur Blocher blocht

Obwohl Blochers Departement für das Verfahren zuständig ist, und er sich mehrfach mit dem türkischen Justizminister in Szene gesetzt hat, ist dies kein Alleingang. Schon zu Beginn des Auslieferungsverfahrens musste das EDA eine Stellungnahme zur Frage abgeben, ob die Türkei diplomatische Zusicherungen betreffend Behandlung von Esiyok einhalten würde.

Mit der positiven Antwort ist das EDA allen internationalen Menschenrechtsorganisationen in den Rücken gefallen, die genau dieses Vorgehen seit Jahren als untauglich kritisieren. Auch wegen wirtschaftlichen Interessen – bekannt sind die Staudammbauten und ein möglicher Verkauf von Pilatus-Flugzeugen – ist Aussenministerin Calmy-Rey an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert. Offensichtlich wurde hier auch dem massiven Druck der USA und Deutschlands nachgegeben, die eine härtere Haltung gegenüber Organisationen wie der PKK fordern.

So fordert die eidgenössische Interessenpolitik einmal mehr ihre Opfer: Vom Friedensprozess in der Türkei ist nicht die Rede, Menschenrechte sind verhandelbar, und politische Flüchtlinge werden geopfert. Mehmet Esiyok wartet seit 17 Monaten im Gefängnis auf den Entscheid, der seine Zukunft bestimmen wird.

TSCHAD - DARFUR

Der Alptraum zieht westwärts

Die katastrophale Menschenrechtslage im sudanesischen Darfur hat sich auf den Osten des Nachbarlandes Tschad ausgedehnt.

Von Marius Kahl*

Seit Jahren erfährt die Weltöffentlichkeit immer wieder von dem schleichenden Genozid in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur. Mittlerweile hat sich der Konflikt ausgeweitet und auch den Tschad erfasst. Vor wenigen Monaten führte amnesty international im Osten des Landes eine Mission durch, um die katastrophale Menschenrechtssituation zu dokumentieren. Viele Menschen erleben dort den gleichen Alptraum, der sich auch in Darfur abspielt: Rund 230.000 sudanesischen Flüchtlinge, 46.000 Flüchtlinge aus Zentralafrika und 110.000 tschadische Binnenflüchtlinge versuchen dort, ihr Leben zu retten.

Grenzüberschreitender Terror

Die Hintergründe dieser Katastrophe sind vielschichtig und kompliziert. Nach 30 Jahren Bürgerkrieg prägen immer noch Armut und Unsicherheit das zentralafrikanische Land, rund 80 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Auf der einen Seite unterstützt der Tschad Rebellen in Darfur und bietet ihnen eine Rückzugsbasis. Auf der anderen Seite bewaffnet der Sudan die Gegner der tschadischen Regierung. Auch im Tschad verbreiten die sudanesischen Janjawid-Milizen ihren Terror. Ihre tödlichen Angriffe erstrecken sich bis zu 150 Kilometer tief in den Tschad hinein. Ungestraft können sie töten, plündern, und vergewaltigen. In einem ai-Bericht beschreibt ein 14-jähriges Mädchen, was sie auf dem Rückweg in ihr Heimatdorf erleben musste, als sie von den Milizen entdeckt wurde. «Drei Männer auf

Pferden schlugen mich, banden meine Hände auf dem Rücken mit einem Strick zusammen und legten einen weiteren Strick um meinen Hals. Sie fingen auch meinen Onkel ein. Sie brachten uns zu unserem Dorf und dann in die angrenzenden Felder. Dort waren 19 Männer mit den Armen auf den Rücken gebunden. Ein Mann in einer grünen Uniform kam und schoss einem nach dem anderen in den Kopf. Eine Kugel funktionierte nicht, und so nahm er einen Knüppel und schlug auf den Kopf des Mannes ein, bis er starb. Sie wurden alle umgebracht. Ich habe immer noch Alpträume davon.» Das Mädchen blieb verschont.

Die Untätigkeit der Regierungen

Die Milizen werden verstärkt von tschadischen Arabern und benachteiligten Stämmen in dieser Region. Die Regierung des Tschad unter Präsident Idriss Déby scheint weder willens noch fähig, die Zivilbevölkerung im Osten des Landes wirkungsvoll zu schützen. Dies betrifft auch die dortigen Binnenvertriebenen und Flüchtlinge aus dem Sudan. «Bei jedem Angriff bettelten wir das Militär an, zu kommen und uns zu helfen. Sie waren nur zwei Kilometer von uns weg. Sie kamen nie», berichtet ein Augenzeuge in dem ai-Bericht. «Wir werden nicht als Bürger dieses Landes angesehen. Sie wollen, dass wir sterben.»

Diese Untätigkeit der tschadischen Behörden bedeutet eine indirekte Unterstützung der Übergriffe. Das tschadische Militär wird nur zum Schutz der Regierung vor Rebellen eingesetzt, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung im Osten des Landes spielen hingegen keine Rolle. Die Regierung missachtet damit ihre internationalen Verpflichtungen.

Auch die sudanesischen Behörden unternahmen bisher keine erkennbaren Versuche, die Übergriffe der Janjawid im östlichen Tschad zu verhindern. Viele Mitglieder der Milizen

gehören gleichzeitig paramilitärischen Verbänden an und tragen daher häufig sudanesischen Militäruniformen. Sie können ungehindert den Sudan verlassen und später wieder mit ihrer Beute zurückkehren.

Gezielte Vertreibungen

Das Ziel der Janjawid besteht offensichtlich darin, bestimmte Bevölkerungsgruppen aus Darfur zu vertreiben. Die von ai gesammelten Zeugenaussagen bestätigen auch, dass Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt bei den zahlreichen Angriffen der Milizen systematisch angewandt werden.

Die Gefahr zwingt Hilfsorganisationen dazu, ihr Engagement im Tschad stark zu reduzieren. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR versucht zwar, Flüchtlinge ausserhalb des Landes zu unterstützen, erhält aber keine Erlaubnis von der Regierung in N'Djamena, den Binnenflüchtlingen zu helfen.

* Marius Kahl ist Mitglied der Tschad-Kogruppe der deutschen ai-Sektion. Der vorliegende Artikel erschien im amnesty journal April 2007.

Krieg in Darfur und Tschad – Pilatus mittendrin



NACHRUUF

«Das sind keine Verteufelungen, sondern sehr notwendige Klärungen»

Im Gedenken an den kürzlich verstorbenen Schriftsteller Manfred Züfle und in Unterstützung seines Kampfes gegen die Schweizer Waffenexporte. Von Felix Birchler

Am 27. März verstarb der Zuger Publizist und Schriftsteller Manfred Züfle, ein politisch engagierter Intellektueller, wie es sie in diesem Land leider viel zu wenig gibt. Neben seinem Engagement für die Gruppe Olten und Solidarité sans frontières, war Züfle auch in der GSoA aktiv. Die Kritik an der Schweizer Armee und an den Kriegsmaterial-Exporten der hiesigen Industrie gehörte zu den politischen Schwerpunkten seines engagierten Lebens. Vor 21 Jahren, 1986, schrieb Manfred Züfle im Auftrag der «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenexportverbot» ein Buch zu den Pilatus-Flugzeugen unter dem Titel «Die verschwundene Geschichte: Noch ein Pamphlet um die PC-7 und damit zusammenhängende Gegenstände wie Bundesrat, Waffen, Export und ähnliches». Nicht zuletzt der kürzlich erfolgte Export einer Pilatus-Maschine in den bürgerkriegsversehr-

ten Tschad (siehe Artikel oben) hat gezeigt, wie nötig es ist, den Kampf gegen die Kriegsgewinnler weiterzutreiben, den Leute wie Manfred Züfle aufgenommen haben. Denn sein Pamphlet gegen Pilatus ist leider noch aktuell, wie die beiden folgenden Auszüge zeigen.

Beispiel Guatemala

«Wenn man bedenkt, an wie vielen Orten die PC-7 von ähnlichen Regimes gegen ihr Volk eingesetzt wurden und werden, wenn man bedenkt, wie Fachzeitschriften bei uns die Einsatzmöglichkeiten genau in «diesen Ländern» genau von «diesen Regierungen» einschätzen, kommt man, ohne Phantasie, aber mit einem Vorstellungsvermögen, das nicht grösser zu sein braucht, als dasjenige von Schreibern in einschlägigen Fachzeitschriften, zu «Schlüssen»; wenn man auch nur einige von Dutzenden von vorhandenen Zeugnissen zur Kenntnis nimmt, kommt man zu höchst realen und buchstäblich tödlichen Hochrechnungen: Hunderte von Opfern, wenn nicht längst Tausende! So sei hier nur eines von vielen Zeugnissen zitiert. Jeder Verfolgte ist kompetent, von seiner Verfolgung zu berichten. Schwester Petronila aus dem

Hochland Guatemalas erlebte folgendes: «Die Armee begann, uns zu bombardieren und nahm uns unter Maschinengewehrfeuer. Ich weiss nicht wie, aber einige Flugzeuge flogen ganz tief und liessen eine Menge Bomben fallen. Wir alle begannen, uns, so gut wir konnten, ins Unterholz zurückzuziehen. Die Kinder begannen zu schreien... Die Frauen riefen ihren Kindern, weil sie sie verloren hatten und fanden sie nicht. Wie mussten wir rennen: Rennen... rennen... rennen... Danach, bereits ruhig miteinander sprechend, begannen wir uns darüber klar zu werden, dass die Flugzeuge, die uns bombardierten, von denjenigen waren, die man «Pilatos» nennt, die sie mit Geschützen ausrüsteten, um uns zu bombardieren. Die uns bombardieren, sind von der Armee.» Der Name hat sich bei den Opfern durchaus eingepreßt. Man weiss durchaus präzise, wer die «Pilatos» wie gegen das Volk einsetzt. Der Bericht von Schwester Petronila ist datiert. Er stammt z.B. vom 18. Februar 1982 und bezieht sich auf ein Ereignis im Departement Quiché vom 1. Dezember 1981. Das sind keine Phantasien, die man sich von der PC-7 als Verkäufer und Käufer machen kann, und wie sie in der Hochglanzwerbung und in den Hoch-

glanz-Fachzeitschriften stehen. Das sind Realität gewordene Schatten der Phantasien, ihre tödliche Kehrseite.»

PC-7 als Modell

«Vielleicht ist es wirklich eine Art Zwängelei, weiter in der PC-7-Geschichte herumzustochern, nachdem doch längst schon alles vorbei und vor allem vergessen ist, wenn man bedenkt, dass Vergleichbares sich aufdecken liess etwa bei der Ausfuhr von schweizerischer Atom-Technologie. In Vergleichen, metaphorisch, müsste man dann sagen: unten an der PC-7 lässt sich mit wenigen Handgriffen Tod einbauen. [...] Die PC-7 Geschichte ist wohl nur eine Modell-Geschichte. Modell wofür? Das ist eine sehr notwendige Frage für einen Staatsbürger. Denn, wenn PC-7 ein Modell wäre, dann würden «Fortsetzungen» in anderen Bereichen auf apokalyptische Wirklichkeit verweisen, auch «made in Switzerland». [...] Kotzen nützt wenig, ausser dass es momentane Erleichterung bringt.»

KRIEGSVORBEREITUNGEN

Die USA werden den Iran nicht angreifen. Oder doch?

Viele Gründe sprechen gegen einen US-amerikanischen Krieg gegen den Iran. Trotzdem bleibt ein mulmiges Gefühl. Eine Bestandesaufnahme.

Von Andreas Weibel

Es gibt eine Menge guter Gründe für die Bush-Administration, den Iran NICHT anzugreifen: Nach dem tragisch missglückten Irak-Feldzug ist die öffentliche Meinung strikte gegen ein solches Abenteuer, sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch im Rest der Welt. Dasselbe gilt für die allermeisten Regierungen der westlichen Welt, die amerikanischen Geheimdienste und selbst die Führungsschicht der Streitkräfte. Laut einem Bericht der Londoner «Times» plant ein beträchtlicher Teil des Generalstabs, im Falle eines Angriffes auf den Iran, den sofortigen Rücktritt einzureichen. Der Iran könnte auf vielfältige Weise auf einen amerikanischen Angriff reagieren. Indem er die für den Öl-Transport essentielle Meerenge von Hormuz blockiert, könnte er die Weltwirt-

schaft in beträchtliche Turbulenzen stürzen. Und seine Kontakte in den schiitischen Stüben des Iraks würden Teheran erlauben, dem US-Militär noch grössere Probleme zu bereiten als es jetzt schon hat. Dieses ist durch die jahrelangen Kriege im Irak und in Afghanistan bereits heute an die Grenzen seiner Belastbarkeit gelangt. Ein Krieg an einer weiteren Front würde die personellen, logistischen und finanziellen Möglichkeiten auch der grössten Militärmacht der Welt übersteigen.

Ein Angriff würde das fundamentalistische und unbeliebte Regime von Mahmud Ahmadinejad nicht schwächen. Im Gegenteil: Die IranerInnen würden sich im Krieg hinter ihren Präsidenten scharen.

Ein Angriffskrieg gegen den Iran würde gegen grundlegende Prinzipien des internationalen Rechts und gegen die amerikanische Verfassung verstossen. Ein weiterer Verstoß gegen die fundamentalen Regeln der Staatengemeinschaft würde die «moralische Macht» der USA endgültig zerstören, wie Paul Street diesen April im Z-Mag schrieb.

Realitätsverlust

Und trotzdem gibt es etliche Hinweise darauf, dass die Bush-Administration ernsthaft einen Angriff auf den Iran plant. Der Enthüllungsjournalist Seymour Hersh hat in den letzten Monaten mehrmals Insider-Informationen aus dem Pentagon veröffentlicht, die besagen, die Planung für Luftschläge gegen Zentren des iranischen Nuklearprogramms laufe auf Hochtouren. Dabei sollen die amerikanischen Militärstrategen auch in Betracht ziehen, taktische «Mini-»Atombomben einzusetzen, um die in den Bergen versteckten Anlagen zu zerstören. Erst vor kurzem wurden zusätzliche Flugzeugträger in den Persischen Golf verlegt, so dass dort mittlerweile mehr Truppenverbände versammelt sind als zu Beginn des Irak-Krieges. Diese böten die logistische Grundlage für einen mehrmonatigen Luftkrieg gegen den Iran.

Den aussenstehenden Beobachter lässt das Säbelrasseln der amerikanischen Regierung ein wenig ratlos zurück. Welches wären die Gründe, dass Präsident Bush trotz all der Bedenken einen Angriff auf den Iran befehlen würde?

Wahrscheinlich kann man mit rationalen Überlegungen keine Erklärung dafür finden. Es gibt eine beunruhigende Befürchtung: Die Geschichte hat schon zu oft gezeigt, dass ein Teil der Elite eines Landes den Bezug zur Realität verlieren kann. Anscheinend verfolgen die neokonservativen Hardliner um Präsident Bush noch immer mit fast religiösem Eifer das Ziel, den Nahen Osten nach ihren Vorstellungen «neu zu ordnen». Es ist diese Mischung aus evangelikalem Fundamentalismus, dem Einfluss der Öl-Lobby, und einem fatalen Mangel an Neugier, was tatsächlich in der Welt passiert, welche diese Regierung so gefährlich macht. Die Hoffnung jedoch wächst, dass der Widerstand gegen einen weiteren sinnlosen Krieg zu stark sein wird, als dass sich die Bush-Administration darüber hinwegsetzen könnte.

MILITARISMUS

Ressourcen, Krieg und die Schweiz



Einblick in den GSoA-Workshop am SUFO

Unter diesem Titel fand am dritten Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO) in St. Gallen ein gut besuchter GSoA-Workshop statt. Eine Zusammenfassung. Von Andreas Cassee

Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften viele auf eine «Friedensdividende»: Die in der Rüstungsspirale gebundenen wirtschaftlichen Mittel sollten freigesetzt und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zugeführt werden. 18 Jahre später ist Ernüchterung eingetreten. 2003 überstiegen die weltweiten Ausgaben für Militär und Kriegsmaterial bereits wieder die Billionen-Dollar-Grenze.

Viele der zur Zeit stattfindenden Kriege hängen eng mit den Rohstoffvorkommen der betroffenen Länder zusammen. Besonders augenfällig

ist dies bei den Interventionen der Grossmächte im Nahen Osten, wo sich weit über 90 Prozent der bekannten Erdöl-Reserven befinden. Als der damalige iranische Premier Mohammad Mosadegh 1951 die Ölindustrie verstaatlichen wollte, weil BP sich weigerte, einen Teil der Gewinne an die Regierung abzutreten, organisierte die CIA einen Putsch. Seither reiht sich in der Region ein Krieg an den anderen. Das vorläufig letzte Kapitel dieser unrühmlichen Geschichte – der unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung geführte Krieg um das irakische Öl – hat bereits mehrere Hunderttausend Menschen das Leben gekostet.

Auch die Intervention in Afghanistan hat mit geostrategischen Interessen zu tun, nämlich mit einer geplanten Pipeline durch Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan. Die regierungsnahen US-amerikanischen Ölfirma Unocal hatte schon mit den Taliban über diese Pipeline verhandelt. Schon im Jahr nach dem Einmarsch in Afghanistan unterzeichnete die von den USA eingesetzte Regierung die Verträge. Realisiert wurde das Projekt allerdings bis heute nicht, zu instabil ist die Sicherheitslage in Afghanistan.

Rohstoffe und Bürgerkrieg

Auch jene bewaffneten Konflikte, die gemeinhin auf ethnische und religiöse Spannungen zurückgeführt werden, können oft nur deshalb stattfinden, weil die Kriegsherren die Rohstoffvorkommen des Landes plündern und damit Waffen kaufen und den Sold ihrer Soldaten bezahlen. Verschiedene Studien belegen: Je mehr Bodenschätze ein Land hat, desto grösser die Chance, dass dort ein Bürgerkrieg tobt. Leicht abbaubare Ressourcen wie Diamanten werden von den bewaffneten Gruppen oft selbst extrahiert. Bei Ölvorkommen funktioniert die Kriegsfinanzierung hingegen über den Verkauf von Förderrechten an transnationale Konzer-

ne. Besonders perfid sind die so genannten «Booty Futures» – Förderrechte, die von einer bewaffneten Gruppe verkauft werden, noch ehe sie überhaupt die Kontrolle über die entsprechenden Rohstoffvorkommen hat. So soll der französische Öl-Konzern Elf-Acquitaine (heute TotalFinaElf) vor Ausbruch des Bürgerkriegs in Kongo-Brazzaville Zahlungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar an den Ex-Präsidenten Sassou geleistet haben. Im Gegenzug versprach Sassou der Firma Förderrechte, falls er wieder an die Macht gelangen sollte – durch einen Krieg, den Elf-Acquitaine wesentlich mitfinanzierte.

Die Rolle der Schweiz

Die Schweiz ist auf vielfältige Weise in das Geschäft mit Ressourcen aus Konfliktgebieten involviert. Aufgrund der Steuerprivilegien für Holdings ist Zug zur internationalen Drehscheibe im Rohstoffhandel geworden. Allein der grösste Zuger Rohstoff-Konzern Glencore setzt jährlich 112 Milliarden Franken um. Dass die profitablen Ressourcen oft aus Konfliktgebieten kommen, wird dabei ausgeblendet – da Glencore vor allem an anonymen Börsen aktiv ist, ist die Firma nicht auf ein gutes Image bei den EndverbraucherInnen angewiesen. Auch die Schweizer Grossbanken spielen eine unrühmliche Rolle, indem sie Projekte zur Ausbeutung von Konflikt-Ressourcen unter anderem im Kongo, in Burma oder in Kolumbien finanzieren. Und schliesslich ist die Schweiz auch ein nicht zu unterschätzender Absatzmarkt für Rohstoffe aller Art. Vom Schmuck aus «Blutdiamanten» bis zum Handy, in dem Coltan aus einem Bürgerkriegsland steckt, besitzen die meisten von uns Gegenstände, von denen wir gar nicht wissen, dass damit Kriege finanziert werden.



Kriegsdienstverweigerer Agustin Aguayo – hier noch in Uniform

IRAK

US-Soldaten verweigern den Dienst

Die Moral der Truppen im Irak ist angeschlagen. Dies zeigt sich auch an der zunehmenden Zahl von Dienstverweigerungen.

Von Christian Mueller

Agustin Aguayo wurde diesen März in Würzburg von einem amerikanischen Militärgericht der Fahnenflucht für schuldig befunden und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Er wird unehrenhaft aus der Armee entlassen, was soviel bedeutet wie die Streichung seiner Bezüge und Vorsorgeleistungen für den geleisteten Dienst.

Der 35-jährige stammt aus Mexiko, besitzt aber den amerikanischen Pass. In der Hoffnung auf eine sichere und gut entlohnte Arbeit schrieb er sich bei der Armee ein.

Noch während der Grundausbildung musste er feststellen, dass er den Kriegsdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Er stellte den Antrag aus der Armee entlassen zu werden. Dieser wurde schlichtweg ignoriert. Als Sanitäter musste er im Irak dienen. Dieser Einsatz hat ihn geprägt und in seiner Haltung bestärkt. Nach seiner Rückkehr aus Tikrit war Aguayo in Schweinfurt (Deutschland) stationiert, soll-

te jedoch bereits im September 2006 wieder in den Irak geschickt werden. Aguayo weigerte sich, worauf er in Handschellen gelegt und mit Gewalt bedroht wurde. Mit einem Sprung aus dem Fenster gelangte er in Freiheit, deutsche Antikriegsaktivisten verhalfen ihm zur Rückreise in die USA. Drei Wochen später, nach einer Pressekonferenz, stellte sich Aguayo den Behörden.

Völkerrechtswidriger Krieg

Er hätte auch in Deutschland Asyl beantragen können. Ein deutsches Gericht erklärte den Krieg im Irak kürzlich für völkerrechtswidrig. Nach den Nürnberger Prinzipien ist ein Soldat nicht verpflichtet Befehlen Folge zu leisten, die völkerrechtswidrig sind. Auch in den USA wurden bereits solche Prozesse angestrengt, die Gerichte drücken sich aber mit vorgeschobenen Verfahrensfehlern vor einem Urteilsspruch.

Das US-Militär führt offiziell keine Statistiken über Kriegsdienstverweigerer. Die Organisation «Military Counseling» in Deutschland erhält monatlich 30 Anfragen dort stationierter Soldaten, dreimal so viele wie üblich. Kanada bietet ebenfalls einen sicheren Hafen. Laut der «Unterstützergruppe für Kriegsdienstverweigerer» haben circa 200 bis 300 Soldaten die Flucht ins nördliche Nachbarland ergriffen. Die Dunkelziffer dürfte einiges höher liegen.

AUSLANDEINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Deutschland zu Gast in Afghanistan

Engagements als Wiederaufbauhilfe (explizit nicht als Teil der Operation «Enduring Freedom») definitiv nicht mehr glaubwürdig ist.

Deutschland hat mit der Entsendung von acht Tornado-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan sein dortiges militärisches Engagement verstärkt. Durch diese Entscheidung wurde die Diskussion um Auslandsätze neu entfacht.

Von Rahel Ruch

7400 deutsche SoldatInnen sind derzeit in einem Auslandsatz engagiert. Das grösste Kontingent davon – rund 3200 – ist in Afghanistan stationiert. Im März dieses Jahres beschloss der Bundestag auf Bitte der NATO mit der Entsendung von acht Tornado-Aufklärungsflugzeugen eine Ausweitung des Afghanistan-Engagements. Dieser Schritt sorgte für eine intensive öffentliche Diskussion, denn der Auftrag der Tornado-Flugzeuge lautet «Gegnerische Stellungen fotografieren, mögliche Angriffe ausfindig machen, Terroristen aufspüren». Das klingt plötzlich nicht mehr nach Wiederaufbau, sondern nach Kampfeinsatz und Krieg. Dementsprechend verlief auch die Diskussion – zentral war nicht die Frage, ob Wiederaufbau und Friedensarbeit mit militärischen Mitteln geleistet werden können, sondern der Streit, ob dieser Einsatz nun als Kampfeinsatz bezeichnet werden müsste. Dies würde bedeuten, dass die bisherige Verklärung des deutschen Afghanistan-

Bevölkerung mehrheitlich dagegen

Im Bundestag haben 405 (gegen 157 Nein-Stimmen) Abgeordnete dem Einsatz zugestimmt. Zwei Drittel der SPD-Abgeordneten befürworteten die Tornado-Entsendung, was zeigt, wie sich die SPD mit ihrer Politik von der Basis entfernt hat: Gut zwei Drittel der Bevölkerung lehnten die Ausweitung des Einsatzes ab. Damit kriegt die SPD nun zu spüren, was den hiesigen GenossInnen noch droht: Die SP Schweiz forderte in der Sommersession des Parlaments die Verdoppelung der Auslandsätze der Schweizer Armee.

Angeheizt wurde die Auseinandersetzung in Deutschland durch den Tod dreier Bundeswehrsoldaten bei einem Selbstmordattentat in Afghanistan. Dieses tragische Ereignis entlarvt einmal mehr die Verschleierungspolitik der deutschen Regierung: Deren Argumentation, dieser Auslandsatz sei ungefährlich, da BundeswehrsoldatInnen ausschliesslich als FriedenshelferInnen im «ruhigen» Norden Afghanistans stationiert sind, ist nach diesem Vorfall öffentlich widerlegt. Es ist zu hoffen, dass die Armeeeinsätze endlich als das enttarnt werden, was sie sind: Deutschlands Tributzahlung an die NATO, an die Grossen der Welt, um in der internationalen Machtpolitik eine Rolle zu spielen und seine wirtschaftlichen Interessen zu sichern.

fairplay:weltweit! ist ein Kursangebot des RomeroHauses Luzern und richtet sich an Frauen und Männer, die sich für gesellschaftspolitische Fragen interessieren und offen sind, sich nicht nur auf die kurdische, sondern auch auf ökonomische und philosophische «Fremd»-Sprachen einzulassen.

Daten 2007/08

Fr/Sa 26./27. Oktober 2007
Sa/So 10./11. November 2007
Fr/Sa 14./15. Dezember 2007
Sa/So 19./20. Januar 2008
Fr/Sa 15./16. Februar 2008

Zusatzangebote

24. Nov., 25. Jan., 23. Feb.

Weitere Informationen und Anmeldung

RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern, Tel 041 375 72 72, info@romerohaus.ch, www.romerohaus.ch

KURSANGEBOT

fairplay:weltweit!

Von Barbara Müller, RomeroHaus Luzern

Ohne mit der Wimper zu zucken erklärt Zeliha Aktas ihr Tagesprogramm auf kurdisch und schliesst provokativ mit den Worten: «Alles klar?» Später, nach dem kurzen kurdischen Sprachkurs, fragt sie: «Und? Wie habt ihr euch gefühlt?» Das Spektrum der Gefühle geht von hilflos über frustriert bis zu stinksauer – aber auch interessiert. «Genauso erging es mir, als uns in dem kurdischen Dorf wo ich aufwuchs das Türkische aufgezwungen wurde und später, als ich als Flüchtling in die Schweiz kam». «Migration – dem Fremden begegnen», lautet der Titel des Moduls des Kurses fairplay:welt-

weit! – Solidarität in einer globalisierten Welt, in dem Aktas die TeilnehmerInnen an ihrer Migrationsgeschichte teilnehmen lässt.

Schwerpunkte

Die Mischung aus theoretischer Informationsvermittlung und praktischem Erleben ist das Grundkonzept des Kurses fairplay:weltweit! Die Teilnehmenden werden befähigt, globale Zusammenhänge besser zu verstehen, eigene Haltungen und Meinungen zu entwickeln und Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Im inhaltlichen Zentrum stehen die Themen Entwicklungspolitik, Finanz- und Warenströme, Migration und Ethik als Richtlinie für politisches Handeln.

Der Kurs ist älter als das RomeroHaus Luzern – und doch untrennbar mit diesem verbunden. fairplay:weltweit! orientiert sich am Beispiel des von Todesschwadronen ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero, an seinem unerschrockenen Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden. «Wenn einer alleine träumt, dann bleibt es ein Traum. Wenn wir aber alle gemeinsam träumen, dann wird es Wirklichkeit» hiess es früher ausschweifend. «Eine andere Welt ist möglich», heisst es heute kurz und bündig.

Globalisierung verstehen

«Globalisierung – ich wollte dieses Unwort und das Konzept dahinter besser verstehen ler-

nen. Das Wissen über die Zusammenhänge und Abhängigkeiten der verschiedenen Politik- und Gesellschaftsbereiche löst bei mir auf der einen Seite manchmal ein Gefühl von Machtlosigkeit und Verzweiflung aus, auf der anderen Seite gibt es mir aber auch Sicherheit in politischen Diskussionen», erklärt eine Kantonsrätin aus dem Steuerparadies Zug ihre Motivation zur Teilnahme am Kurs. Ein anderer Teilnehmer erklärt, die weltpolitischen Warum-Fragen seiner heranwachsenden Töchter, auf die er immer weniger eine Antwort wisse, hätten ihn zur Teilnahme motiviert.

INTERVENTIONISMUS

Responsibility to Protect?

In der letzten GSoA-Zeitung kritisierte Norman Paech das Konzept der «Responsibility to Protect» heftig. Recht hat er. Von Andreas Weibel

Das Konzept der «Responsibility to Protect» taucht seit einigen Jahren immer wieder auf in den Debatten über die Legitimation von militärischen Interventionen und die Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft angesichts von schweren humanitären Krisen. Den Begriff prägte ein im Jahre 2001 veröffentlichter Bericht der «Internationalen Kommission über Interventionen und staatliche Souveränität».

Die Kommission mit dem etwas klobigen Namen wurde von der kanadischen Regierung eingesetzt und bestand aus einem Dutzend Persönlichkeiten aus Wissenschaft und internationaler Politik. Nach dem tragischen Versagen der Vereinten Nationen während dem Völkermord in Ruanda und dem illegalen NATO-Krieg gegen Serbien, sollte der Bericht die Grundlagen liefern für grundsätzliche Reformen des

Systems der internationalen Sicherheit. Die zentrale Frage lautete, wie die Staatengemeinschaft sich verhalten soll, wenn ein Land nicht willens oder nicht fähig ist, seine Bevölkerung vor Gewalt, massiven Menschenrechtsverletzungen und Völkermord zu schützen.

Das Dilemma

In gewissen Situationen sei Zuschauen kaum mehr eine moralische Option, meinten die Autoren des «Responsibility to Protect»-Berichts. Komme es in einem Land zu ethnischen Säuberungen, zu brutaler staatlicher Repression oder zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit, riskiere die internationale Gemeinschaft, sich zur Komplizin zu machen, wenn sie nicht reagiere.

Was im Prinzip vernünftig tönt, wird heikel, sobald es konkret wird: Wer soll beschliessen, wann ein Eingreifen nötig ist? Nach derzeitigem internationalem Recht ist es der UNO-Sicherheitsrat, welcher für solche Entscheidungen zuständig ist. Diesem Gremium mangelt es jedoch an demokratischer Legitimation und oft wird der Rat durch das eigensinnige Han-

deln der fünf Vetomächte lahm gelegt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dann, wenn ein Eingreifen vielleicht sinnvoll gewesen wäre, der Sicherheitsrat oft blockiert war und die tatsächlich durchgeführten «humanitären Interventionen» vor allem den machtpolitischen Interessen einzelner Staaten als Vorwand dienten.

Fehlende Institutionen

Im Bericht finden sich einige gute Ansätze: Die «Responsibility to Protect» bestehe in erster Linie aus vorsorglichen Massnahmen bevor ein Konflikt überhaupt ausbricht («Responsibility to Prevent») und nur im äussersten Ausnahmefall aus einer militärischen Aktion («Responsibility to React»). Und auch dann dürfe der Fokus der Diskussionen nicht darauf liegen, ob ein Staat das «Recht zur Intervention» habe, sondern einzig darauf, wie den betroffenen Menschen am effektivsten geholfen werden könne.

Welche Institution könnte aber über die Einhaltung dieser Prinzipien wachen und wäre legitimiert zu entscheiden, wann welche Form der «Responsibility to Protect» angebracht ist?

Darauf gibt die Kommission keine befriedigende Antwort: Sie setzt auf den UN-Sicherheitsrat in seiner heutigen Form. Falls dieser nicht handelt, könnten unter Umständen auch einzelne Staaten selber das Zepter in die Hand nehmen. Damit wird dem Missbrauch der Idee der «Responsibility to Protect» zur Legitimation von Angriffskriegen natürlich Tür und Tor geöffnet. Tatsächlich bezog sich beispielsweise Tony Blair in seinen Reden zum Irak-Krieg immer wieder auf dieses Konzept.

Die Diskussionen zeigen, dass langfristig eine radikale Stärkung der demokratischen Strukturen in der UNO von Nöten ist. Viel von unserer Freiheit rührt daher, dass wir das Gewaltmonopol dem Staat abgetreten haben. Auf globaler Ebene muss irgendwann eine ähnliche Umlagerung von den Staaten zur UNO hin stattfinden.

Bis diese Utopie jedoch Realität wird, fragt es sich, ob es sich überhaupt lohnt, viel über die Modalitäten einer «Responsibility to React» nachzudenken, solange die Staatengemeinschaft schon bei der «Responsibility to Prevent» so kläglich versagt wie heute.

G8-PROTESTE

Clownen in der militarisierten Zone

Was tun, wenn sich die Staatschefs der acht grössten Industrienationen hinter einem 12,5 Millionen Euro teuren Zaun in einem Luxushotel verschanzen und der Protest gegen ihre militaristische und sozial ungerechte Politik medial auf apolitische Krawalle reduziert wird? «Rebel Clowning» lautet die Antwort einer «Armee», die Kriminalisierung und ritualisierte (Staats-)Gewalt durch subversives Strassentheater unterlaufen will. Ein Erlebnisbericht aus Heiligendamm. Von Andreas Cassee

«Die Macht, und zwar jede Macht, fürchtet nichts mehr als das Lachen, das Lächeln und den Spott. Sie sind Anzeichen für kritischen Sinn, Phantasie, Intelligenz und das Gegenteil von Fanatismus.» – Dario Fo anlässlich der Verleihung des Nobelpreises für Literatur 1997 in Stockholm.

Mittwoch, 6. Juni, 7.30 Uhr: Im Wald nahe des Protest-Camps Wichmannsdorf versammeln sich rund 120 seltsam verkleidete Närrinnen und Narren. Die «Clandestine Insurgent Rebel Clown Army» (klandestine aufständische Rebellen Clown Armee) macht sich bereit zur «Operation Tickle». Nach einer guten Stunde auf Schleichwegen und einem kurzen Delegierten-Plenum im Wald nimmt die Armee Marschformation ein. «Love and Respect!» und «Vamos a la Playa!» («Auf zum Strand!») singend geht es im Gleichschritt weiter in Richtung Ostseebad Heiligendamm. Nach einigen Ausweichmanövern durch Wald und Wiese gelangen wir schliesslich tatsächlich bis zum drei Meter hohen, mit NATO-Stacheldraht gesicherten Zaun.

Free G8!

«Freiheit für alle Politiker-Gefangenen!» rufen einige Clowns dort und bieten einen Geiselaustausch an: «Wenn ihr Angela Merkel aus

dem Käfig rauslasst, geht jemand von uns freiwillig hinein.» Mittlerweile sind wir von einer Hundertschaft PolizistInnen eingekesselt, die keinen Spass versteht. Toilettengänge werden untersagt, und als wir einem Beamten Süssigkeiten anbieten, antwortet der: «Jetzt gibt's Saures! In einer halben Stunde seid ihr alle in der Gefangenenammelstelle.»

Doch da immer mehr Medienschaffende am Westgate ankommen, entscheidet sich die Polizei doch gegen eine Massenverhaftung. Zu offensichtlich sind wir nicht die «kriminellen Chaoten», welchen die Polizei im Vorfeld der Proteste ein rigoroses Durchgreifen angedroht hatte. Der Kessel öffnet sich, ein Anti-Konfliktteam der Polizei erscheint. Doch auch die Konflikt-Manager können nicht erreichen, dass die Clowns die Strasse freigeben. Da gleichzeitig am anderen Eingangstor eine Sitzblockade mit rund 5'000 Menschen stattfindet, ist das Gipfel-Hotel Kempinski nur noch per Helikopter oder Schnellboot zu erreichen. Das Ziel der Kampagne «Block G8» ist somit erreicht.

Taufpanzer und Polizisten für Transparenz

Donnerstag, 7. Juni, 12.00 Uhr: Nach einer kurzen Nacht im Camp gelangen wir mit einer kleineren Gruppe Clowns zu einer Massenblockade bei Hinterbollhagen, die bereits einige Meter von der Strasse abgedrängt wurde. Und wer weiss, wofür wohl die schwarzvermummten Uniformierten demonstrieren, die nun ihrerseits die Strasse blockieren. Als diese das Angebot ablehnen, ihre Schilder mit passenden Slogans zu beschriften – «Sonst meinen wieder alle, ihr habt keine Inhalte!» – bleibt nur die Vermutung, dass die durchsichtigen Schilder symbolisch für die Forderung nach mehr Transparenz stehen. Einige Polizisten schmunzeln – für einen Moment gelingt es, die Menschen hinter den Uniformen freizulegen. Auch nach dem massiven Einsatz von Wasserwerfern, bei dem mehrere AktivistInnen ver-

letzt werden, bleibt die Stimmung gut. «Wenn ihr uns mit Taufpanzern bespritzt, müsst ihr uns schon einen Namen geben!» verlangen die Clowns. «Eure Kinder werden so wie wir!» rufen die BlockiererInnen. Die friedlichen Sitz- und Stehblockaden werden bis zum Ende des G8-Gipfels anhalten. Die Fokussierung der Massenmedien auf den «Schwarzen Block» nach den bedauerlichen Ausschreitungen bei der Auftaktkundgebung in Rostock wird allmählich aufgegeben angesichts der über 10'000 Menschen, die gewaltfreien zivilen Ungehorsam üben.

Gezielte Falschmeldungen

Eines sei hier noch richtiggestellt: Die unter anderem in der Schweizer Gratiszeitung «20 Minuten» ungeprüft weiterverbreitete Polizeimeldung, wonach Clowns Beamte mit Säure bespritzt haben sollen, gehört eindeutig ins Reich der Legenden – und diente wohl dazu, die PolizistInnen zu einem harten Durchgreifen zu bewegen. Wie Spiegel Online nach Rückfragen bei den Rostocker Krankenhäusern berichtete, war die ominöse Flüssigkeit harmlos, wahrscheinlich handelte es sich um handelsübliche Seifenblasen-Flüssigkeit...



PHILOSOPHIE

Über die Entstehung des Krieges und des Kriegermythos

Wie entsteht menschliche Destruktivität und wie kommt es zu Krieg? Gute Fragen. Carola Meier-Seethaler kommt in ihrem Essay «Zur Pathogenese des Krieges und zum Mythos vom Krieger» zu interessanten Schlüssen. Von Christine Scheidegger und David Buchmann

Krieg hat es nicht immer gegeben – er ist keine Naturkonstante. Krieg ist bei verschiedenen Völkern unbekannt. Die biologische Kopplung von Aggression und Sexualität bei Männern ist nicht zwingend, sondern ein Kulturprodukt der patriarchalen Gesellschaft. So waren die antiken Kriegerkasten von lebensnotwendigen Tätigkeiten befreit. Sie bezogen ihr ganzes Selbstwertgefühl aus dem Kriegshandwerk, verachteten das Leben und die lebensnotwendige Arbeit und zettelten auch ohne Not Kriege an.

Aggressionen

Erich Fromm unterscheidet zwischen lebensfördernder Aggression zur Lebens- und Selbsterhaltung und todesverherrlichender Aggression in Form von lebensverachtender Destruktivität. Doch was macht den Traum von Herrschaft, von immer grösserem Reichtum und Macht so attraktiv, dass sich Menschen über alle natürlichen Tötungshemmungen hinwegsetzen und dabei auch das eigene Leben riskieren? Die lebensverachtende Aggression ist ein Symptom der Schwäche und nicht etwa ein

animalisches Erbe oder eine genetische Eigenschaft von Männern. Sie entsteht durch die Nichtbefriedigung elementarer Grundbedürfnisse wie Lebenssinn und gesellschaftliche Nützlichkeit.

Woraus sollen Männer ihre eigene Würde beziehen und welchen heroischen Beitrag können sie zum Wohle der Gemeinschaft leisten, vergleichbar mit dem Kindergebären von Frauen? Das männliche Identitätsgefühl ist zu tiefst mit dem Gewaltmonopol assoziiert. Ein Verzicht darauf kommt einer Selbstkastration gleich – obwohl der Durchschnittsmann unter der patriarchalen Kampfesideologie mehr gelitten als davon profitiert hat. Folglich braucht es eine tiefgehende Gender-Debatte und ein Nachdenken über andere männliche Vorbilder. Durch eine unmittelbare Einbindung in die Lebensprozesse könnten Männer auf den unsterblichen Ruhm teilweise verzichten. Lebensfördernde Tätigkeiten wie Leidverminderung, Steigerung der Lebensfreude in Kunst und Fest und eine intakte Weitergabe des Lebens sind den nekrophilen Ruhmestaten vorzuziehen.

Würdigung

Carola Meier-Seethaler greift wichtige Fragen auf und schlägt spannende Antworten vor. Der Essay über den Krieg liefert gute Argumente, weshalb der Krieg keine Naturkonstante ist und gibt Anregungen zur Emanzipation von Frauen und Männern.

Streitbar: Carola Meier-Seethaler

Carola Meier-Seethaler blieb als Frau trotz Dokortitel in Philosophie eine akademische Karriere verwehrt. Nach einem zusätzlichen Psychologiestudium arbeitete sie als Psychotherapeutin. Ihr wohl bekannteste Buch ist «Ursprünge und Befreiung. Eine dissidente Kulturtheorie». Daneben schrieb sie über ein Dutzend weitere Bücher. Zu ihrem 80. Geburtstag erschien eine Sammlung von Essays, aus der wir hier einen rezensieren.

Macht und Moral. 16 Essays zur Aufkündigung patriarchaler Denkmuster.

Xanthippe Verlag. 2007.

25 JAHRE GSOA

Vom kleinen zum grossen Polit-Wunder

Neben der Frauenbewegung der 70er Jahre hat seit 1968 keine Bewegung so viel verändert in diesem verhockten Land wie die GSoA. Um die volle Bedeutung der GSoA-Bewegung zu erfassen, ist es noch zu früh, braucht es neben Untersuchungen vor allem neue Erfahrungen. Die folgenden 14 Thesen sollen eine Diskussion darüber anregen und erleichtern. Von Josef Lang *

1. Die GSoA hat das Tabu Armee gebrochen. Bevor eine heilige Kuh geschlachtet werden kann, muss ihr der Heiligenschein genommen werden. Dies ist uns gelungen.
2. Die GSoA hat enthüllt, dass es in der brisantesten Staatsfrage einen breiten und tiefen Graben zwischen der offiziellen und der realen Schweiz gibt. Damit hat sie ihn noch einmal vergrössert.
3. Dank der GSoA-Bewegung befinden sich die AntimilitaristInnen erstmals seit den 30er Jahren gegenüber den Militärs in der Offensive.
4. Die GSoA wurde zum helvetischen Ausdruck von Glasnost und zum Beweis, dass Perestroika auch hier möglich ist.
5. Die GSoA hat die herrschende politische Klasse der Lächerlichkeit ausgeliefert. Während unter der Bundeskuppel nur jedeR Neunzehnte den Mut fand, ja zu stimmen, war es in der Gesamtbevölkerung jedeR Dritte. Vor allem den staatstragenden Halboppositionsparteien sind ihre Leute in hellen Scharen an die Urne weggelaufen.
6. Bereits die KLUNKER-DIAMANT-Auseinandersetzung, die im Zeichen der GSoA-Frage verlief und zugunsten der Jungen ausging, deutete auf einen gesellschaftlichen Generationen-Wechsel hin. Die «Schweiz der alten Kameraden» (Spiegel), welche den Staat der geistigen Landesverteidigung getragen hat, ist am Abdanken.
7. Der GSoA-Abstimmungskampf bestätigte – im Widerspruch zu den «Analysen» postmoderner ZitatensammlerInnen, welche im kürzlich erschienenen «Neuen Gesellschaftsvertrag» an eine «Auflösung von Klassen» glauben – die Ge-

Ver- und Ent-Schlossenheit des Bürgerblocks. 8. Die postmoderne Theorie von den «wechselnden Mehrheiten/Koalitionen» stimmt bei den wesentlichen Fragen nicht. Auch bei der GSoA schwang der fortschrittliche Uhrenbogen obenaus, stimmten die Lohnabhängigen progressiver als die GewerblerInnen, gibt es deutlich Stadt-Land-Unterschiede, spielte das «Links-Rechts-Schema».

9. Die GSoA beweist, dass die Politik von unten mehr bringt als die von oben, dass mann und frau von aussen mehr bewegen können als von innen. In einer Situation, wo sich die Zivilgesellschaft immer mehr von Parlamenten und Regierungen entfernt, hat diese Erfahrung doppeltes Gewicht. Wer sich auf Institutionen fixiert, kehrt bei der Unterschriftensammlung – eine unersetzliche Rolle gespielt und dabei mit der SP-Linken gut harmoniert.

10. Die GSoA-Bewegung unterstreicht, dass es eine politische Alternativbewegung in diesem Lande braucht und dass es für sie einen Platz hat. Links von SP und GP organisierte GSoA-tInnen haben im Abstimmungskampf – wie auch schon bei der Unterschriftensammlung – eine unersetzliche Rolle gespielt und dabei mit der SP-Linken gut harmoniert.

11. Die Renaissance des jugendlichen Idealismus muss all jene zynisch gewordenen Alt-68-er beschämen, bei denen der Begriff politische Moral ein Lächeln hervorruft, das noch müder ist als sie selbst.

12. Der GSoA ist es nach Anfangsschwierigkeiten gelungen, ein zukunftsträchtiges Bündnis mit Intellektuellen und KünstlerInnen zu schaffen. Weiter stärkte sie die christliche Dissidenz.

13. Das wichtigste Erfolgsgeheimnis der GSoA ist die Mobilisierung der Selten- und Nie-WählerInnen unter 40.

14. Die GSoA hat bewiesen, dass sich trotz allen Betonköpfen und Wendehälsen auch in diesem Lande etwas bewegen lässt. Und dass es sie gibt, die andere Schweiz.

Die GSoA ist weiter herausgefordert, gegen die Rüstungsprogramme wie die Fliegerbeschaffung anzutreten oder sich im Kampf für einen echten Zivildienst zu beteiligen. Vom wem sonst ist die nötige Kraft und Konsequenz zu erwarten?



* Der obenstehende Artikel des heutigen Nationalrates und GSoA-Vorstandsmitgliedes Josef Lang erschien in einer längeren Version in der GSoA-Zitig Nr. 36 im März 1990. Am 26. November 1989 hatten fast 36% für die Abschaffung der Armee gestimmt. Ein Grosse Erfolg für die GSoA-Initiative, der die politische Landschaft in der Schweiz erschütterte.

Wir brauchen deine Unterstützung!

Sammeln helfen in einer Regionalgruppe

Hast du Lust in einer GSoA-Regionalgruppe beim Unterschriftensammeln mitzuhelfen? Folgende Regionalgruppen würden sich über Deine Unterstützung freuen:

basel@gsoa.ch
 bern@gsoa.ch
 gsa@gsoa.ch (Westschweiz)
 luzern@gsoa.ch
 st.gallen@gsoa.ch
 winterthur@gsoa.ch
 zuerich@gsoa.ch

Die Sammeltermine der Regionalgruppen sind ersichtlich unter www.kriegsmaterial.ch

Spenden

Bei allem Engagement der GSoA-AktivistInnen: Die Unterschriftensammlung kostet uns viel Geld. Ausgaben für Drucksachen, Portokosten für die Beglaubigung der Unterschriften, zusätzliche Stellenprocente auf unseren Sekretariaten, und vieles mehr, muss in Cash bezahlt werden. Mit einer kleineren oder grösseren Spende trägt Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei. Herzlichen Dank!

Unterschriftenbogen aller Gemeinden, vereinigt euch!

(mue) Bald ist es soweit und wir haben unsere Initiative beisammen. Nun gilt es, alle Unterschriftenbogen ins Sekretariat nach Zürich zu senden! Egal ob nur eine Unterschrift drauf ist oder ob nur noch eine fehlt, um den Bogen zu füllen: immer her damit! Liegt noch irgendwo ein halb ausgefüllter Bogen rum? Ist ein Bogen unter die Matratze gerutscht oder hinter die Kommode gefallen? Schaut schnell nach, steckt die Bogen in ein Couvert, Briefmarke drauf und ab die Post!

Es wäre schade, könnten wir nicht alle gesammelten Unterschriften beglaubigen lassen. Denn schon diesen Herbst wollen wir die Initiative bei der Bundeskanzlei einreichen. Jede Unterschrift zählt!

Alle Bogen schnell an:

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, Postfach, 8031 Zürich

Argumentarium und Unterschriftenbogen

Die wichtigsten Fakten und Argumente zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wurden in einer 16-seitigen Broschüre zusammengestellt. Diese kann mit untenstehendem Talon kostenlos bei uns bezogen werden, genauso wie Unterschriftenbogen und Faltprospekte zum Sammeln. Der Unterschriftenbogen kann auch unter www.gsoa.ch oder www.kriegsmaterial.ch heruntergeladen werden.

Vormerken: 25-Jahr-Feier am 6. Oktober

Die GSoA wird 25 Jahre alt. Eine gute Gelegenheit zum Feiern und Anlass um die politischen Projekte der verschiedenen GSoA-Generationen und ihre Wirkung zu diskutieren. Ein Geburtstagsgeschenk machen wir uns gleich selber, mit der Einreichung der Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten, die für den Herbst geplant ist.

Die 25-Jahr-Feier findet am **6. Oktober in der Roten Fabrik in Zürich** statt. Geplant sind politische Diskussionen, Konzerte und eine lange Party. Weitere Informationen folgen.



GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	Friedensfahnen Pace, Peace Fr. 12.-
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.-	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.-

Die T-Shirts zur Initiative

Werde auch Du ein Teil der Waffenvernichtungsmassen. Bestell Dir mit untenstehendem Talon das T-Shirt zur Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Erhältlich in 4 Grössen für Damen und Herren.
 Preis: 28.- Franken.



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «lf war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Damen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Herren	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Faltprospekt zur Initiative		kostenlos	
	Broschüre mit Fakten und Argumenten		kostenlos	
	Unterschriftenbogen		kostenlos	
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
	Rechnungsbetrag			

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion:
 Patrick Angele (pa), Daniel Bachofen (dba), Felix Birchler (fb, verantwortlich), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Ayres Freitas (af), Beat Hatz (bh), Barbara Heer (bah), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm), Christian Mueller (mue), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

Titelbild: Christian Mueller

Cartoons: Oger

Layout: Regula Meili, Wetzikon

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
 Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.-

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich
 Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12
 E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative-Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.